Nr. 100. 37. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

20 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 16,50 Mk., monatl. 5,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 5,50 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 8,75 Mk., für das übrige Ausland 13,— Mk., bei täglich einmal. Zustellung 11,— Mk. + Valuta-Aufschlag. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 2,— Mk. Teuerungszuschlag 60%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Dienstag, den 24. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Das Opfer der Bergarbeiter.

Von Otto Hue.

Es ist schnell gesagt: „Vier Ueberschichten im Monat!" — aber sie verfahren, das ist sehr viel mühseliger. Würden die zweifellos schwerreichen Besteller und Bezahler der jetzt massenhaft verbreiteten Zeitungsannoncen und Plakate, durch die die Bergarbeiterschaft in der öffentlichen Meinung infam herabgewürdigt werden soll, auch nur die regelmäßigen Grubenschichten leisten müssen, sehr rasch dürften sie die Haltung der Bergarbeiter und ihrer Vertrauensleute verstehen. Wenn die Bergleute sich, wie ihnen in jenen Anzeigen und Plakaten nachgesagt wird, gefühllos gegenüber der Not des Volkes verhielten, dann folgten sie allerdings dem unrühmlichen Beispiel der sich dabei noch „national" gebärdenden Kriegsgewinnler, Preistreiber und Schieber.

Die Bergleute haben im Kriege das Aeußerste geleistet, ohne dafür die gebührende Entlohnung und Versorgung zu finden. Die auf jeden Bergarbeiter durchschnittlich entfallende Schichtzahl ging über 330 jährlich hinaus. Alle damaligen Versuche der Bergarbeiterverbände, die Entlohnung einigermaßen dem Teuerungszustand und dem Kräfteverbrauch der Knappen anzupassen, scheiterten an der Weigerung der Unternehmer, sich mit den Arbeiterorganisationen in Verhandlungen einzulassen. Die Ausüber der Bergarbeit bedürfen einer kräftigen, fetthaltigen Ernährung. Daher wurden durch die über uns verhängte Hungerblockade die Bergarbeiter besonders hart getroffen. Unfälle und Erkrankungen nahmen nun in erschreckender Weise zu. Es ist notwendig, hierfür einige charakteristische Belege anzuführen, damit man im In- und Auslande erkennt, welche Leidenszeit hierdurch für die deutschen Bergleute mit dem Kriegsausbruch einsetzte.

Die Unfallziffern stiegen nach den Berichten der Deutschen Knappschaftsberufsgenossenschaft von rund 164 pro 1000 Bergwerksbeschäftigte im Jahre 1914 auf 194 in 1917. Es erhöhte sich gleichzeitig die Zahl der schwer und tödlich Verletzten von 16,19 auf 19,34 pro 1000 „Versicherte", die Todesziffer allein von 2,409 auf 3,945! Das gilt für den deutschen Gesamtbergbau. Im preußischen Steinkohlenbergbau stiegen von 1913 bis einschließlich 1917 die tödlichen Unfälle von 2,39 auf 4,08, im Braunkohlenbergbau von 2,28 auf 3,01, im Erzbergbau von 1,42 auf 2,38 pro 1000 Beschäftigte. Im Ruhrkohlenbergbau allein verunglückten von den Untertagsarbeitern tödlich 1914: 837 (2,98 pro Tausend), 1917 aber 1207 oder 5,06 pro Tausend! Selbst in den Vorkriegsjahren mit den größten Massenverunglückungen hatten wir nicht eine annähernd so entsetzlich hohe bergmännische Todesziffer wie während des Krieges.

Das ist nur zu verständlich, wenn man die unbeschreiblich schlechte Ernährung unserer Bergarbeiterschaft hauptsächlich infolge der Abschneidung ausländischer Lebensmittelzufuhren in Betracht zieht. Die Menschen fielen schließlich sozusagen vor der Arbeit zusammen. Die Beobachtung der Betriebsgefahren mußte so auch immer mehr nachlassen.

Die Krankheitsberichte des Allgemeinen Knappschaftsvereins für das Ruhrkohlenrevier (Sitz Bochum) zeigen noch deutlicher als die Unfallziffern die Verelendung der Bergarbeiter. Es dürfte alle, die zu große Ansprüche an die Leistungsmöglichkeit unserer Bergarbeiter stellen, interessieren, welcher Raubbau an der Bergarbeitergesundheit in der Kriegszeit getrieben worden ist. Hier die einschlägigen Hauptangaben:

	Mitgliederzahl	Krankheitsfälle	Todesfälle	davon infolge Tuberkulose
1915:	286 671	165 706	2280	275
1916:	307 508	183 360	2867	352
1917:	347 162	235 086	4307	688
1918:	365 300	391 683	5487	792

Wieviel menschliches Elend enthüllen diese trockenen Zahlen! In alle Welt muß man sie hinausschreien, damit alle Völker erfahren, wie entsetzlich der Krieg nicht nur an den Schlachtfronten gegen die Menschheit gewütet hat. Lange Jahre wird sie an den Folgen des „Stahlbades" zu kränkeln haben. Nicht weniger als 3558 Ruhrbergleute mußten 1918 invalidisiert werden, sie konnten also wegen Kräfteverfall ihren Beruf nicht mehr ausüben. Von den 1917 zugekommenen neuen Krankheitsinvaliden standen 2624 erst im Alter von 21 bis 40 Jahren!!! Schon so früh waren ihre Kräfte verbraucht, weil der schweren Arbeit keine kräftigende Nahrung entsprach.

Ist es angesichts solcher Verelendung auch nur im geringsten gerechtfertigt, den ausgemergelten Arbeitern auch noch vorzuwerfen, sie „wollten nicht arbeiten", sie hätten „kein Solidaritätsgefühl", wie das in den niederträchtigen Zeitungsanzeigen und Plakaten geschieht? Jeder muß begreifen, daß eine so hart mitgenommene Arbeiterschaft auch viel leichter als die ungleich besser durch den Krieg gekommenen Volksteile auf die Lockungen von politischen Wirrköpfen hört. Zumal ja von der früheren Regierung nichts getan worden ist für die Hebung des staatsbürgerlichen Bewußtseins dieser Massen durch rückhaltlose Anerkennung ihrer Gleichberechtigung neben dem Unternehmertum.

Daß es trotz aller sozialwirtschaftlichen und parteipolitischen Schwierigkeiten doch gelungen ist, die Bergarbeiter im Interesse unserer Kohlenversorgung von der sofortigen Verwirklichung der Sechsstundenschicht abzuhalten und sie sogar zum Verfahren von Notstands-Ueberschichten zu bewegen, muß jeder ehrliche Volksfreund den Bergarbeitern hoch anrechnen. In allen Revieren wird schon seit Monaten Ueberzeitarbeit geleistet. Ja, die Organisationsleiter konnten feststellen, daß in Einzelfällen, sicherlich nicht ohne Not, schon ein höchstgefährliches Uebermaß von Nebenschichten (insgesamt 37 bis über 40 Schichten monatlich!) geleistet wurde, wodurch die Gefahr einer unabsehbaren Krankheitssteigerung entstand und das Ziel, die Förderzunahme, vereitelt worden wäre. Demgegenüber war die Verabredung einer ziffernmäßig und zeitlich begrenzten Ueberschichtenzahl auf alle Fälle vorzuziehen, aber auch eine gewisse Bindung nicht zu umgehen. Mit aller Bestimmtheit haben aber sämtliche Arbeiter- und Angestelltenvertreter in der Essener Konferenz am 16. d. Mts. erklärt, daß sie sich auf eine Schichtzeitregelung, die einer Wiedereinführung der vor November 1918 herrschenden Schichtzeit die Wege öffne, nicht einlassen würden und um die Einstellung der dahin gerichteten privatkapitalistischen Agitation ersuchten. Die Regierungsvertreter, Reichskanzler Bauer und Arbeitsminister Schlicke, stimmten dem bei. Von dieser Basis aus ist das Abkommen über vier Ueberschichten monatlich für die Zeit vom 23. Februar bis 14. März abgeschlossen worden. Dann wird erneut verhandelt. Vertreter des alten Regierungssystems würden dieses Abkommen nicht erreicht haben, denn es ist auf das Vertrauen der Arbeiter- und Angestelltendelegierten zu den ihnen nahestehenden Männern in der heutigen Regierung gegründet. Es ist sodann die Frucht der Erkenntnis, daß wir uns durch den Versailler „Vertrag" in einer Zwangslage befinden, die uns die Handlungsfreiheit geraubt hat.

Ob die in Aussicht gestellte Nahrungsverbesserung — Voraussetzung für die Mehrarbeit! — eintreten kann, das hängt nicht zuletzt von unseren Landwirten ab! Ich möchte den Landwirten zu bedenken geben, daß zwar auch ihre Arbeit keine Spielerei ist, aber sie haben doch noch nicht entfernt so unter Nahrungsmittelknappheit gelitten wie unsere Bergleute nun schon jahrelang! Die Bergleute wollen auch der unter großer Kohlennot leidenden Landwirtschaft das Opfer von Ueberschichten bringen. Wie wäre es, wenn nun die Landwirte sich zusammentäten und für die kräftigere Ernährung der Bergleute sorgten durch eine Extraabgabe namentlich fetthaltiger Nahrungsmittel!? Das würde unseren Bergleuten die erhebende Gewißheit geben, daß ihr Wille, die Not des Vaterlandes nach Kräften zu beheben, durch die landwirtschafttreibenden Volksgenossen praktisch unterstützt wird.

Es kommt aber weiter darauf an, die Vermehrung der Belegschaften schleunigst zu ermöglichen durch großzügige Wohnungsbauten. Die jetzt und künftig an unseren Kohlenbergbau gestellten Anforderungen lassen sich in befriedigendem Maße nur durch starke Betriebs- und Arbeitervermehrung erfüllen. Viel zu lange ist mit dem Wohnungsbau gezögert worden. Der Deutsche Bergarbeiterverband hat bereits am 31. Mai 1918 das Reichswirtschaftsamt in einer besonderen Eingabe dringlich auf die wachsende Wohnungsnot in den Bergbaubezirken hingewiesen. Sie muß nun umfassend, nach großzügigen Plänen beseitigt werden. Der in der Preußischen Landesversammlung beratene Gesetzentwurf betr. Ruhrgebiets-Siedelungsverband soll das Ausführungsorgan sein. Jede Verzögerung der Verabschiedung dieses Gesetzes schiebt auch die zweckmäßige Ansiedlung der nötigen Belegschaftsvermehrung hinaus und verlängert so unsere Kohlennot. Dieses Gesetz hätte aus siedelungspolitischen Gründen schon vor Jahren kommen müssen. Heute ist seine rasche Verabschiedung eine dringliche Notwendigkeit geworden.

England sucht Frieden mit Rußland.

Eine Anzahl Londoner Morgenblätter bringen Artikel über Rußland.

„Daily Chronicle" unterstützt das Gesuch des Generals Gough an den Premierminister. Einem Frieden mit Rußland stimmt das Blatt zu, wenn folgende Bedingungen vereinbart würden: Sicherheit für verschiedene große Interessen Englands in Asien, Maßregeln zur Bezahlung von Rußlands Schulden und angemessene Vereinbarungen über den Handel.

„Daily Expreß" schreibt: Wir haben jetzt die Wahl, weiterhin mit dem Kopf gegen eine Mauer zu rennen oder dem gesunden Menschenverstand zu erlauben, ein Vorurteil zu besiegen.

„Morning Post" führt aus, daß trotz aller Ableugnungen zwischen England und der Sowjetregierung über Friedensbedingungen in Kopenhagen verhandelt werde. Unterhändler seien Litwinoff-Finkelstein einerseits und die Mission O'Grady andererseits. „Morning Post" führt fort, die größte Schwierigkeit bei den Verhandlungen sei gelöst, da die Bolschewisten das Versprechen der Demobilisierung des Roten Heeres gegeben hätten unter der Bedingung, daß die Entente sich für die Unversehrtheit der Grenzen Sowjetrußlands verbürge. Dem Vernehmen nach habe Nitti sich den Verhandlungen angeschlossen, während die französische Regierung sich zurückhalte.

Am Schluß des Artikels wendet sich die „Morning Post" gegen Lloyd George, der Frieden schließen wolle mit einem Regierungssystem, das die obere Klasse in Rußland vernichtet, die untere zu Sklaven gemacht habe und das die Vernichtung des britischen Reiches anstrebe.

Die Rohstoffe in Sowjetrußland.

Der „Telegraphen-Union" wird über das Vorhandensein von exportfähigen Rohstoffen in Sowjetrußland von dort berichtet:

Getreide ist in den ländlichen Bezirken der Wolga-Gouvernements, des Kama-Distrikts und auch Sibiriens wohl vorhanden, doch werden die Mengen nicht so groß sein, daß sie für den Weltmarkt eine Rolle spielen könnten. Hanf und Flachs sind in mehreren Gouvernements in sehr großen Mengen vorhanden und könnten einen Exportartikel bilden. Auch Schafwolle ist in Sibirien und in Turkestan in bedeutenden Mengen unverarbeitet vorhanden. Die Baumwoll-Lager sind vor allem in Turkestan sehr bedeutend, trotzdem durch Brand und anderen Schaden große Mengen Baumwolle vernichtet worden sind. Landwirtschaftliche Nebenprodukte sind in sehr großen Mengen vorhanden. Die Engländer versuchen, den russischen Handel an sich zu reißen. Es halten sich verschiedene englische Kaufleute auch schon in Moskau auf, welche auch durch russische Agenten auf dem Lande greifbare Vorräte aufkaufen. Auch sollen Engländer schon verschiedene große Güter mit Zuckerfabriken aufgekauft haben. Dänemark und Schweden betreiben, soweit es die Transportverhältnisse zulassen, Handel mit Rußland; vor allem sind Maschinenteile, Kleineisen und Stahlgeräte von Schweden eingeführt worden, jedoch ist der russische Markt so aufnahmefähig, daß diese kleinen Posten kaum eine Rolle spielen.

Die Aburteilung der „Kriegsverbrecher".

Amsterdam, 23. Febr. Der Pariser Korrespondent der „Times" berichtet, daß am Freitag von den Vertretern der Alliierten in Paris über die Frage der „Kriegsverbrecher" beschlossen wurde, daß England, Frankreich und Belgien zunächst die Aburteilung von je fünf „unstreitigen Verbrechern" von Deutschland fordern würden. Das gesamte Beweismaterial werde den deutschen Gerichten vorgelegt werden, vor denen auch eine große Anzahl Zeugen aus den alliierten Ländern erscheinen sollen. Sollte Deutschland bei dieser „Probe auf seinen ehrlichen Willen" versagen, so würden die Alliierten Zwangsmaßnahmen anwenden.

„Labour Leader" zum Friedensvertrag.

Die Erfüllung unmöglich.

Das Organ unserer englischen Genossen, der „Labour Leader", schreibt in seiner letzten Nummer: Noch früher als man erwartete, fällt der Friedensvertrag mit Deutschland auseinander. Gleich bei der ersten Veröffentlichung war es sonnenklar, daß die Bestimmungen nicht ausgeführt werden können. Der Oberste Rat sah sich bereits gezwungen, auf die zwei ersten Bedingungen zu verzichten, in denen er die Auslieferung des Kaisers und die Auslieferung der Kriegsschuldigen verlangte. Eine dritte Bestimmung, die der Kohlenversorgung Frankreichs, wird nicht erfüllt, weil die Erfüllung unmöglich ist, und auch in diesem Punkte werden die Alliierten die Forderung entweder aufgeben oder vertraglich herabsetzen müssen. Und in gleicher Weise wird man die anderen Bestimmungen entweder fallen lassen oder herabsetzen müssen, bis der ganze Vertrag ein reiner Fetzen Papier wird, und die Notwendigkeit eines neuen und vernünftigen Vertrages anerkannt wird.

Weitere Schließung von Zigarettenfabriken.

Die Ortsgruppe Hessen und Hessen-Nassau des Arbeitgeberverbandes der Zigarettenfabrikanten, der die in Frankfurt a. M., Wiesbaden und Offenbach gelegenen Zigarettenfabriken angehören, hat beschlossen, sich mit den Berliner, Dresdner und anderen Zigarettenfabriken solidarisch zu erklären und ihren gesamten Arbeitern und Angestellten wegen der hohen Steuern auf Zigaretten zu Ende März zu kündigen.

Das Privileg auf Steuerdrückerei.

In der gleichen Ausgabe der „Freiheit", in der im Leitartikel behauptet war, daß die Unabhängige Sozialdemokratie immer die Einheit in der Gewerkschaftsbewegung zu wahren bestrebt ist, findet sich unter der auffallenden Ueberschrift: „Das Privileg auf Steuerdrückerei" eine Notiz, in der behauptet wird, daß unsere Parteigenossen in der Steuerkommission der Nationalversammlung den Unternehmern ein Privileg auf Steuerdrückerei einräumen wollten. Infolge des sehr seltenen Besuches, den der Vertreter der U. S. P. der Steuerkommission widmet, müssen für den Herrn mildernde Umstände bewilligt werden. Weit schärfer als frühere und jetzige Vertreter der U. S. P. in der Steuerkommission sind unsere Parteigenossen für die stärkste Heranziehung der Besitzenden zu den Steuern und für die schärfsten Strafen gegen Steuerhinterzieher, Steuer- und Kapitalflüchtlinge eingetreten. Doch das braucht man nicht zu wissen, wenn man der Arbeit der Steuerkommission so wenig Verständnis und Aufmerksamkeit, ja auch nur Zeit widmet, wie Düwell. Er behauptet, daß der „Rechtssozialist Adolf Braun eine liebliche Probe seines Gesinnungswechsels gegeben hat". Bisher ist Adolf Braun weder Bolschewist noch Terrorist noch Kommunist geworden, er hat keine der vielen Gelegenheiten zum Gesinnungswechsel wie Genosse Düwell gesucht. Adolf Braun hat nichts anderes getan, als einer Bestimmung zuzustimmen, die den Arbeitern das Steuerzahlen erleichtert, indem bei jeder Lohnzahlung, also 52mal im Jahre, und nicht wie bisher, zwei- oder viermal im Jahre, die Steuer zu zahlen wäre. Daß das im Interesse jeden Arbeiters und Angestellten liegt, daß diese Bestimmung jedem Gehalts- und Lohnempfänger vom Reichspräsidenten bis zur Scheuerfrau trifft, daß es aber unmöglich ist, dem Fabrikbesitzer oder dem Bauer wöchentlich oder monatlich die Steuer abzuziehen, weiß jeder Kenner der Verhältnisse. Daß die Steuergesetze für die Besitzenden überaus zwingende Mittel enthalten, um sie zur vollkommenen Steuermoral zu erziehen, so die Feststellung des Nachlasses, die Offenlegung der Bankkonti, die hohen Steuerstrafen, um nur das jedermann Bekannte zu nennen, weiß Düwell nicht, aber er versteht es, mit seinen Freunden ununterbrochen Forderungen, die Millionen und Milliarden kosten, aufzustellen, ohne einmal gründlich zu erwägen, woher diese Gelder kommen können. Daß Unabhängige und Kommunisten zum Nichtzahlen der Steuern aufgefordert haben, konnte Düwell in der Steuerkommission nicht bestreiten, er behauptete aber, daß das die populäre Form des „Satzes unseres Programms" sei, daß Steuern nur vom Mehrwerte gezahlt werden sollen, woraus klar zu erkennen ist, daß Düwell auch das Erfurter Programm nicht kennt. Er täte besser, einmal etwas zu lernen, bevor er andere kritisiert.

Beschleunigte Einziehung der Steuern.

Bei den Besprechungen über die Möglichkeiten einer Abdeckung der schwebenden Schuld äußerte sich die Valutakommission dahin, daß neben der Balancierung des Etats, d. h. also neben der Angleichung der Einnahmen an die Ausgaben als weitere wirksame Hilfe eine beschleunigte Einziehung der Steuern anzusprechen ist. Um dies zu erreichen, werden die Veranlagungen zu den Kriegsabgaben, insbesondere zur Abgabe vom Vermögenszuwachs und zum Reichsnotopfer durch die Reichssteuerverwaltung in der tunlichst kürzesten Zeit durchgeführt werden. Um den Steuerpflichtigen einen Anreiz zu geben, frühzeitig ihre Abgaben zu leisten, ist einerseits gesetzlich bestimmt, daß bei der Abgabe vom Vermögenszuwachs und bei dem Reichsnotopfer die Vorleistung auf die Steuerschuld (d. h. also die Steuerzahlung vor Ablauf des Leistungstermins) verzinst wird, und zwar werden bei der Abgabe vom Vermögenszuwachs 6 Proz. vergütet und beim Reichsnotopfer für die Vorauszahlungen bis zum 30. Juni 1920 8 Proz. und für die in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920 4 Proz. Andererseits aber muß derjenige, der seine Steuer verspätet zahlt, die nicht gezahlten Beträge dem Reich mit 5 Proz. verzinsen, und zwar beim Reichsnotopfer ab 1. Januar 1920 und bei der Abgabe vom Vermögenszuwachs vom Tage der Fälligkeit der Steuer ab. Durch diese doppelten Einwirkungen auf den Steuerpflichtigen ist zu erwarten, daß der rasche Eingang der Steuern gefördert und damit der erste Schritt zu einer Verminderung der schwebenden Schulden oder doch zur Verhinderung ihres weiteren Anwachsens getan wird.

•

Die Ständige Valutakommission sieht es als bedenklich an, daß die Wirtschaftspolitik des Reiches in zahlreichen Fällen durch eigenmächtiges Vorgehen der Städte durchkreuzt wird. Die Städte sind dazu übergegangen, vielfach auch auf den durch das Reich bewirtschafteten Gebieten selbständig Käufe im Auslande vorzunehmen. Es ist dringend nötig, daß dies in Zukunft unterbleibt. Soweit die Städte das Recht haben, Käufe im Auslande zu tätigen, müssen sie sich zur Beschaffung der Valuta an die amtliche Devisenbeschaffungsstelle wenden. Es geht nicht an, daß die Städte ihren ausländischen Finanzbedarf sei es durch Verkauf ihrer Anleihen oder von Marknoten bzw. durch selbständigen Kauf von Devisen, sei es durch das Eingehen von Kreditgeschäften decken und dadurch den Stand der Valuta schädigen. Erforderlich erscheint ferner, daß den Gemeinden und Gemeindeverbänden die Genehmigung zur Ausgabe von Stadtanleihen durch die Landesregierungen nur unter der Bedingung erteilt wird, daß sie vor der Ausgabe der Anleihen öffentlich über ihre Finanzen in weitgehender und durchsichtiger Weise Rechnung legen. Die Valutakommission ersucht den Herrn Reichsminister der Finanzen, seinen Einfluß zur Abstellung der gerügten Mißstände und zur Verwirklichung der Vorschläge geltend zu machen.

In der eigenen Schlinge.

Vor vierzehn Tagen hat die „Kreuz-Zeitung" zur Auslieferungsfrage geschrieben:

> Würde der Verband diese Vorschläge (die Vorschläge der deutschen Note von 25. Januar. Red.) annehmen, so wären damit die ersten unentbehrlichen Bürgschaften für ein wirkliches Rechtsverfahren gegeben.

In der „D. A. Z." ist der „Kreuz-Zeitung" dieser Satz vorgehalten und im Anschluß daran mit Recht die widersprechende Haltung kritisiert worden, die das reaktionäre Blatt jetzt einnimmt, wo die Entente im wesentlichen die deutschen Vorschläge angenommen hat. Denn jetzt bezeichnet das Blatt dieselben Dinge als unannehmbar und unerfüllbar, was ihm noch vor 14 Tagen als „unentbehrliche Bürgschaft für ein wirkliches Rechtsverfahren" galt. In einem langen Leitartikel versucht sich die „Kreuz-Zeitung" vergeblich herauszuwinden. Aus ihren eigenen Widersprüchen geht hervor, daß die Haltung der alldeutschen Presse nach dem unerwarteten Nachgeben der Entente lediglich auf parteipolitische agitatorische Motive zurückzuführen ist.

Die preußische Agrarreform.

Der Wunsch Tausender von Kriegern, ein Stück der heimischen Erde ihr Eigen nennen zu dürfen, war mit die Ursache zum Erlasse vom 29. Januar 1919 zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungslande, der im Reichssiedlungsgesetze des Plazet der Nationalversammlung erhalten hat.

Aber mit der Siedlung allein ist es nicht getan. Ein anderes tut uns mindestens ebenso not: die Bildung möglichst geschlossener Wirtschaften im Wege der Umlegung zwecks Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Siedlung und Umlegung dienen der Intensivierung unserer Landwirtschaft. Dazu kommt die Melioration der Moor- und Oedländereien, die endlich mit allen Kräften in Angriff genommen werden muß, und weiter durch eine ordnungsmäßige Bewirtschaftung unserer Privatwaldungen, die der stark gestiegene Holzbedarf dringend erheischt. So fügt sich ohne Zwang Stein an Stein zum Mosaik der preußischen Agrarreform des 20. Jahrhunderts, die Landwirtschaftsminister Braun über die schleunige Inangriffnahme der Besiedlung und Oedlandkultur in Preußen vom 10. März 1919 programmatisch entwickelte. Von den zur Ausführung seines Agrarreformprogramms notwendigen Gesetzen sind zwei von der Preußischen Landesversammlung bereits angenommen; das Gesetz über Landeskulturbehörden ist am 3. Juni, das Ausführungsgesetz zum Reichssiedlungsgesetz am 15. Dezember 1919 verabschiedet worden. Der Entwurf eines Gesetzes über die Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften liegt der Landesversammlung zur Beschlußfassung vor. Der bereits in der Denkschrift angekündigte Entwurf eines Gesetzes über die Beaufsichtigung der Privatwaldungen soll, wie die P. P. N. erfahren, demnächst eingebracht werden. Weitere Gesetzentwürfe zur Ausführung des Agrarreformprogramms sind in Vorbereitung.

Amerikanische Kohlen für Deutschland.

Aus Frankfurt a. M. wird uns telegraphiert: Die chemische Industrie des Untermaingebietes, die seit Monaten brach lag, bekommt nun amerikanische Kohlen. Für Griesheim sind 100 Waggons im Anrollen. Nach der Valuta stellt sich der Preis für einen Zentner auf 100 M. Er wird aber nicht in bar bezahlt, sondern die Kohlenlieferung erfolgt im Austausch gegen chemische Erzeugnisse. Die Betriebe sollen am 1. März wieder aufgenommen werden, und bei den großen Aufträgen können sie aufrechterhalten werden, wenn die deutsche Kohlenlieferung in Kraft bleibt. Durch die Wiederaufnahme der Betriebe in den chemischen Werken erhalten etwa 16 000 bis 20 000 Arbeiter wieder ausreichende Beschäftigung.

Die Abstimmungsfrage.

Berlin, 23. Februar. „Nieuwe Courant" bezweifelt, daß bei der Volksabstimmung in der ersten nordschleswigschen Zone alle Garantien für einen ehrlichen Ausgang der Abstimmung gegeben waren, da die bei aller Integrität doch sicherlich parteiische Ententekommission die Macht in den Händen hatte. Bei anderer Abstimmungsmethode nach Gemeinden wären die größeren Städte mit ihrer kompakten deutschen Majorität noch zum Teil innerhalb des deutschen Gebietes gefallen. Bei späteren ähnlichen Fällen, zum Beispiel der Abstimmung in Oberschlesien, in Preußen und über 15 Jahre im Saargebiet, müsse nach diesen ersten, nicht sehr befriedigenden Erfahrungen das Prinzip des Referendums mit größerer Präzision und in völliger Ehrlichkeit angewendet werden.

Neuer Versammlungsterror in Hamburg.

Hamburg, 23. Februar. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts".) Eine öffentliche Versammlung des Hamburger Monistenbundes, in der Dr. Magnus Hirschfeld aus Berlin über sexuelle Fragen sprechen sollte, wurde von einer Bande von 50—60 Personen, die zum großen Teil wiederum dem Zeitfreiwilligenkorps Bahrenfeld angehören, die bereits vor einigen Wochen den Hamburger Moissi-Skandal verursacht hatte, mit Stinkbomben beworfen. Dann wurde von den Störenfrieden ein unerhörter Tumult entfesselt, um die Versammlung zu sprengen. Die Hamburger Sicherheitswehr, die bereits vorher von dem neuen Plane der Bahrenfelder benachrichtigt war, schritt ein und verhaftete einen Teil der Ruhestörer. Da dies bereits der zweite Fall ist, in dem sich diese von Antisemiten gekauften Subjekte bemerkbar machen, wird in Hamburg stürmisch gefordert, daß das vollständig unnötige Zeitfreiwilligenkorps aufgelöst wird.

Kommunistische Flugblattverteiler, die sich an die französischen Besatzungstruppen in Hadersleben heranmachten, wurden von französischen Soldaten sofort bei ihren Vorgesetzten denunziert und daraufhin verhaftet. Uns wundert dieses Mißgeschick nicht, aber wie ist dies mit dem beliebten Argument der Unabhängigen in Einklang zu bringen, wonach die deutsche Regierung viel reaktionärer sei, als jene der „westlichen Demokratien"? In radikalen Versammlungen Groß-Berlins kosten solche Redensarten nichts und tragen sogar dem Redner Beifallsstürme ein, eine praktische Anwendung dieser Behauptung scheint dagegen etwas gefährlicher zu sein . . .

Dem Sohne des Märtyrers . . .

Von Emanuel Buchinger, Redakteur der „Népszava".

Es sind auf die Minute sieben Tage, seitdem ich von dem in Budapest gräßlich ermordeten Genossen Somoghi vor meiner Abreise herzlichen Abschied nahm. Er nahm mein Notizbuch und schrieb — um seiner Sache nur ja gewiß zu sein — in dieses folgende Adresse ein: Joltán Somoghi — dies der Name seines geliebten Sohnes — Gefangenenlager Blagowaschtschensk, Ostsibirien . . .

Er hatte mich gebeten, seinem Sohne von Berlin aus herzliche Grüße und die Nachricht zu übermitteln, daß er sich wohlauf befinde und voll unentwegter Hoffnung sei, den lieben Sohn doch noch bald wiederzusehen . . .

Ich war eben im Begriffe, das Versprechen einzulösen, da erreichte mich die fürchterliche Nachricht, daß nun auch unser „lieber Chef" — wie wir Somoghi in der Redaktion liebkosend nannten — dem niederträchtigen, blutrünstigen weißen Terror zum Opfer fiel. — Was soll ich nun dem armen Kriegsgefangenen nach Sibirien berichten? . . .

Kann ich diesem seit fünf Jahren in Kriegsgefangenschaft schmachtenden Sohne noch die Kraft zumuten, die volle, die fürchterliche Wahrheit zu ertragen? Soll ich ihm berichten, daß sein Vater — der beste Vater — in einer Großstadt, aus einem in dem Stadtinnern gelegenen Redaktionslokale ganz einfach von 3—4 Männern „einer besonderen Abteilung der Militär-Brachialgewalt" — so nennen sich diese Mordgesellen des weißen Terrorregiments — abgeführt, in ein Auto geworfen und direkt zur Donau geführt, dort wie ein wildes Tier erschlagen und in den Strom geworfen und dann mit ausgestochenen Augen und sieben Kopfwunden herausgefischt wurde?

Der Sohn könnte fragen: Ja wieso denn, weshalb um Himmels willen? Ich könnte ihm nur antworten: Genosse Somoghi war ein entschiedener Gegner des Terrors jeder Art. Als es zur Proklamierung der „Diktatur des Proletariats" in Ungarn kam, gehörte er zu jenen Genossen, die — als überzeugte Sozialdemokraten — ihre Funktionen niederlegten, weil sie glaubten, diesen Kurs aus prinzipiellen Gründen nicht mitmachen zu können. Somoghi war — von Beruf Lehrer — unentwegter Anhänger der Auffassung, daß man die Menschen aufklären und zur Heilslehre des Sozialismus übergeugen müsse, jedoch keinen Terror ausüben und keine Gewalt anwenden dürfe.

Und dennoch diese grausame, blutige Vergeltung einer rachedurstigen, übermütig gewordenen Gegenrevolution? Ja dennoch, ja gerade deshalb, weil es sich um einen Sozialdemokraten handelte, der — in diesem Falle — den wichtigen Stand der ungarischen Lehrerschaft vom Chauvinismus und Klerikalismus zum Sozialismus zu führen verstanden hatte.

Soll ich nun dem Sohne gegenüber zu einer barmherzigen Lüge Zuflucht nehmen? Das wäre dem Andenken und dem Geiste des Vaters, der jede Lüge glühend haßte, zuwidergehandelt.

Sollten den schwergeprüften Sohn in Sibirien meine Zeilen erreichen, so mögen sie ihm die ganze Wahrheit sagen. Er möge es erfahren, daß sein geliebter Vater — wie nun schon so viele in Ungarn — ein Opfer eines meuchelmörderischen Regiments, ein Opfer der wütendsten Klassenkämpfe, ein Märtyrer des Sozialismus geworden ist.

Und sollte der Sohn nach Rache dürsten, dann möge es die edelste Art der Rache sein. Wenn es ihm nach der Rückkehr in die Heimat möglich sein wird, so möge er das Werk seines edlen Vaters fortsetzen. Er möge den Kampf für die Befreiung der Menschheit durch sozialistische Aufklärungs- und Organisationsarbeit fortsetzen und zum siegreichen Ende führen helfen.

Zwei Zeichner. Die Galerie Möller (Potsdamer Str. 134c) zeigt eine in ihrer Zusammensetzung lehrreiche Ausstellung von Handzeichnungen zweier verstorbenen Künstler: Waldemars Rösler und Theos v. Brockhusen. Jeder von ihnen verkörpert eine charakteristische Richtung der zeitgenössischen Kunstauffassung, und das Kennzeichnende der Richtungen kommt in diesen Arbeiten besonders deutlich zum Ausdruck. Beide wurden in ihrem Schaffen durch Eindrücke der äußeren Natur maßgebend beeinflußt. Der Anblick von menschlichen Gestalten, Gruppen, Stadt- und Landschaftsbildern erzeugte ihnen bestimmte Stimmungen und Empfindungen, die zu Motiven für Kunstwerke wurden. Aber während Rösler die Natur belauert und beschleicht und den günstigen Moment, in dem ihre Erscheinung ihm ein volles Aequivalent für seine Stimmung darzubieten scheint, mit raschem Griff erfaßt und in wenigen, sicher hingesetzten Linien und Flecken festhält, gestaltet Brockhusen seine Eindrücke erst nach einer energischen inneren Verarbeitung zum Bilde. Er läßt die aus dem Anblick der Natur gewonnene flüchtige Stimmung sich sozusagen konsolidieren und kristallisieren und gibt dann ihr künstlerisches Spiegelbild in einem rhythmischen Gebilde aus scharf umrissenen Flächen und melodisch geordneten Linien. Bei Rösler ist die Wiedergabe des Naturbildes, bei Brockhusen der kompositionelle Aufbau das Wesentliche. Eine restlose Naturnachbildung können sie beide nicht geben, denn diese ist der Kunst unerreichbar. Aber bei Rösler sehen wir keine Linie, die nicht aus einem Natureindruck direkt genommen wäre, bei Brockhusen dagegen zahlreiche Linien, die er in der äußeren Wirklichkeit zweifellos nicht beobachtet hat, die aber die Stimmung deutlich ausdrücken, die das Naturbild in ihm erregte und die er gestalten wollte. Der stilistische Unterschied läßt sich an der Behandlung eines Motives besonders klar erkennen, das sie beide benutzen: einer vom Vordergrund in den Hintergrund des Bildes führenden Landstraße. Dieses Motiv gibt Rösler Gelegenheit, durch die Entfaltung perspektivischer Tiefen einen Hauch von lebendiger landschaftlicher Stimmung zu erzeugen. Bei Brockhusen dagegen werden die einfachen starken Linien der Landstraße zum tragenden Gerüst einer Flächengliederung, aus deren kräftigem, aufs feinste abgewogenen Rhythmus die Empfindung eines reichen inneren Lebens widerklingt. Erste Meister ihrer Kunst waren übrigens Rösler und Brockhusen nicht. Beide schließen sich an größere Vorbilder an, Brockhusen namentlich an van Gogh, was aus den wenigen ausgestellten Gemälden noch deutlicher wird als aus den Zeichnungen. Aber man tut besser, angesichts dieser starren Malkörper, in denen die Farbe niemals ihre materielle Schwere überwunden hat, an die lodernden Eruptionen des genialen Holländers nicht zu denken. Brockhusens Zeichnungen wirken wesentlich erfreulicher. J. S.

Die Vereinigung der Münchener Kunstakademie und Kunstgewerbeschule. Die seit einiger Zeit lebhaft erörterte Frage der Vereinigung von Kunstakademie und Kunstgewerbeschule, die auch für Berlin stark vertreten wurde, ist jetzt in München in eingehenden Verhandlungen besprochen worden. Nach den einstimmig angenommenen vorläufigen Leitsätzen soll die Akademie unter Beibehaltung ihres Namens die Kunstgewerbeschule in sich aufnehmen. Der Aufnahme in der Akademie, die in erster Linie von künstlerischer Begabung, aber auch von einer Aufnahmeprüfung abhängig gemacht werden soll, hat eine Lehrzeit in einem Handwerk vorauszugehen. So soll versucht werden, in der gesamten Kunsterziehung wieder den Boden des Handwerks und der Ueberlieferung zu gewinnen und demgemäß das ganze Gebiet der bildenden Kunst im weitesten Sinne einheitlich auf einer Schule zusammenzufassen. Auch die Baukunst soll an der Akademie vertreten sein.

Der Genter Altar. Der belgische Minister für Kunst und Wissenschaft reist, wie aus Brüssel gemeldet wird, demnächst nach Berlin, um die Förmlichkeiten wegen des van Eyckschen Gemäldes zu erledigen, das bekanntlich ausgeliefert werden muß. Das Gemälde wird leider von keinem Leipziger Gerichtshof Deutschland zugesprochen werden können, obwohl es gegen alles Recht und kraft Siegerrechtes weggenommen wird.

Wetterdienst und Funkentelegraphie. Während der Wetternachrichtendienst vor dem Kriege fast völlig auf Drahtnachrichten angewiesen war, sind jetzt die Telegramme, die schon wegen ihrer unpünktlichen Weitergabe nicht mehr gut verwertbar waren, fast vollkommen durch Funkentelegramme ersetzt. Nach einem Vortrag von Dr. Robitzsch werden in Nauen dreimal täglich Nachrichten der deutschen Stationen, vom Eiffelturm dreimal täglich französische und belgische Nachrichten, von Scheveningen Meldungen der holländischen, französischen und einer deutschen Station, von Ebbetthorpes und Poldhu Uebersichten über die Wetterlage westlich von England gegeben. Ferner laufen vereinzelte Wettermeldungen ein aus Prag, Warschau, London, Carnarvon, sowie andere aerologische Sammeltelegramme. Während so die Funkentelegraphie der meteorologischen Wissenschaft die größten Dienste leistet, wird diese ihrerseits die atmosphärischen Einflüsse auf funkentelegraphische Störungen genau untersuchen müssen. Das Aeronautische Observatorium in Lindenberg wird sich mit dem Studium dieser Erscheinungen eingehend beschäftigen. B.

Ueber Henri Barbusse spricht Mittwoch, abends 8 Uhr, in der Aula der Handelshochschule, Spandauer Str., auf Einladung des Ausschusses der Studentenschaft und der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft Dr. Max Hochdorf. Eintritt frei.

Orgelkonzerte finden am Donnerstag 8 Uhr sowohl im Dom wie in der Gedächtniskirche statt.

Prozeß Erzberger-Helfferich.

(Schluß aus der Abendausgabe.

Helfferich erklärt dann, daß die Protokolle über die Sitzungen der Waffenstillstandskommission in der Frage der Auslieferung unserer Handelsschiffe falsch geführt worden seien. So sei einmal in den Protokollen die Anwesenheit zweier Reeder festgestellt, während dieselben Reeder am 2. Februar 1919 erklärten, daß sie weder der Sitzung beigewohnt hätten, noch mit den Beschlüssen einverstanden seien. — Erzberger: Ich bin doch nicht für alle Protokolle verantwortlich zu machen. — Helfferich: Ist bei den Sitzungen der Zentrumsfraktion niemals in unangenehmer Weise über Ihre Aktienkäufe gesprochen worden? — Erzberger: Das kann ich nicht sagen. Es ist allerdings einmal eine Untersuchung gegen mich eingeleitet worden, deren Vorsitz Exzellenz Spahn führte. Es wurde festgestellt, daß ich immer geradlinig gehandelt habe. — Helfferich: Waren Sie der festen Ueberzeugung, daß Ihr Vertrauen zu den Hapag-Aktien, das Sie der Oeffentlichkeit einflößen wollten, auch wirklich gerechtfertigt war? — Erzberger: Ja, bei Börsengeschäften kann man ja nie etwas Bestimmtes sagen. — Helfferich: Sehr richtig! Bei Börsenleuten nennt man so etwas Spekulation. Und wie nennt man es bei Ministern? — Erzberger: Ich werde darauf noch zurückkommen. — Helfferich: Sie werden sich hüten!

Die sehr zugespitzte Debatte wird durch die Vernehmung des Reichspostministers, Johann Giesberts, beendet, der aussagt: Ich befand mich eines Tages während einer Pause der Nationalversammlung in Weimar in Berlin und sprach mit Erzberger über alle möglichen politischen Fragen. Wir sprachen natürlich auch über den Friedensvertrag. Erzberger war der Ansicht, daß die Schwerindustrie gegen den Vertrag sei, und daß es sehr schwer sein werde, zusammen mit der Industrie den Neuaufbau vorzunehmen. Er war der Ansicht, man müsse die Industrie stärken, und man müsse, um auch nach außen hin Sicherheit einzuflößen, Industriepapiere kaufen. Ich sagte: Dann muß man ja jetzt Industriepapiere kaufen wie früher die Kriegsanleihe. Erzberger erwiderte: Noch viel mehr! Dabei kamen wir auf die Schiffahrtswerte zu sprechen und Erzberger erzählte mir, daß er einen Teil seines Vermögens in Hapag-Aktien angelegt habe und mir rate, ebenfalls Hapag zu kaufen. Er erklärte, daß er unbedingt Vertrauen zu den Schiffahrtswerten habe. Das Vertrauen, das man schon vor dem Kriege in die Schiffahrtsgesellschaften gesetzt habe, werde wiederkehren und die Aktien würden sich auch wieder erholen. Man dürfe nur die Flügel nicht hängen lassen. — Oberstaatsanwalt Krause: Herr Erzberger meinte also, die Aktien würden sich bestimmt entwickeln? — Zeuge: Nein, so nicht, er meinte eben, man müsse die Reedereien stärken. — R.-A. Friedländer: Halten Sie Herrn Erzberger für fähig, aus seiner amtlichen Kenntnis heraus, Privatvorteile zu ziehen? — Zeuge: Nein, ich bin der Meinung, daß er

für die Allgemeinheit eingetreten

ist. Es gab freilich einmal eine Zeit, wo wir in der Fraktion Mißtrauen gegen ihn hatten, aber später überzeugten wir uns, daß das nicht richtig war. — Geheimrat v. Gordon zu Erzberger: Was haben Exzellenz getan, um den Aktienverkauf bekanntzugeben? — Erzberger: Ich habe es jedem Menschen erzählt. Auf der Rückfahrt von Spaa habe ich es allen im Kupee anwesenden Herren mitgeteilt. Ich habe nie ein Geheimnis daraus gemacht. — R.-A. Alsberg: Haben Sie Ihren politischen Freunden aber auch mitgeteilt, daß Sie bei der Entschädigung für die Reeder mitzuentscheiden hatten? — Erzberger: Das wußte doch jeder Abgeordnete. — Alsberg: Sie haben eben selbst gehört, daß Herr Giesberts es nicht wußte. (Bewegung.)

Zu sehr lebhaften Zwischenfällen kommt es bei der Vernehmung des nun folgenden Zeugen Oberstleutnant Düsterberg, der sehr bestimmte Erklärungen abgibt. Die Erregung im Zuhörerraum wurde schließlich so groß, daß der Vorsitzende drohte, Ruhestörer vorführen zu lassen, um sie ihrer Bestrafung zuzuführen. — Oberstleutnant Düsterberg: Erzberger kam Anfang April nach Spaa, um über die Heimschaffung der Hallerarmee und über die Danziger Frage zu verhandeln. Bei uns Offizieren in Spaa herrschte über die Art und Weise, wie Herr Erzberger bis dahin über das Schicksal Deutschlands verhandelt hatte, eine so einmütige Empörung, daß wir älteren Offiziere zu unserem Führer, General v. Hammerstein, gingen und erklärten, daß wir, wenn Herr Erzberger Danzig opfern wolle, insgesamt Spaa verlassen würden. Am Freitagnachmittag ging der Kurier nach Berlin von Spaa ab und war am Sonnabend in Berlin. Er trug meinen militärpolitischen Bericht an den Kriegsminister versiegelt bei sich, und zwar hatte der Brief die Aufschrift: „Persönlich an den Herrn Kriegsminister Reinhardt". Dieser Brief ist erst am Montag, mittags 12 Uhr, obwohl während des Sonntags im Kriegsministerium voller Dienst herrschte, in den Besitz des Herrn Kriegsministers gelangt. Ich stelle folgendes fest: Der Brief hat sich 36 Stunden in Berlin befunden. Er war in Erzbergers Bureau, das sich aus 36 Personen zusammensetzt, darunter 18 Ausländern, von denen einer unter dem Verdacht der Spionage steht. (Große Bewegung und laute Ausrufe im Zuhörerraum.) Leutnant Zander hat mir sein Ehrenwort gegeben, daß bei ihm mit dem Brief nichts geschehen ist. Und dem Leutnant Zander glaube ich mehr als Erzberger. (Große Bewegung und Rufe.) Es steht fest, daß Herr Erzberger die Abschrift meines Geheimberichtes 24 Stunden früher in der Hand hatte, als der Herr Kriegsminister. Herr Erzberger mußte wissen,

durch welche Unehrlichkeit

dieser Brief zugestellt worden war. Als anständiger Mensch durfte er davon keinen Gebrauch machen. Ich glaube, daß der Brief durch die Kurierpost in Erzbergers Bureau gebracht worden ist. Die Kurierpost wird entweder im Auswärtigen Amt oder in Erzbergers Bureau abgegeben und dort sortiert. In diesem Bureau ist der Brief geöffnet und kopiert worden. Herr Erzberger befand sich zur Zeit in Weimar. — Erzberger: Der Brief aus Spaa ist mir nach Weimar zugesandt worden. Ich war darüber sehr aufgebracht, daß ein Mann, der direkt mein Untergebener war, hinter meinem Rücken derartige Briefe an den Kriegsminister schrieb. Ich habe mich, und daß hätte wohl auch jeder andere Minister getan, an Herrn General v. Hammerstein gewandt, und um Abberufung des damaligen Majors Düsterberg ersucht. Man schickte mir das Schreiben aus Berlin, weil man sehr entrüstet darüber war, daß derartige Intrigen hinter meinem Rücken angesponnen wurden. — Oberstaatsanwalt: Wer hatte denn diesen Entrüstungsbrief unterschrieben? — Erzberger: Das habe ich vergessen. (Anhaltende Bewegung und Lachen im Zuhörerraum. Zuruf: Wie immer! Der Vorsitzende sieht sich nunmehr veranlaßt, energisch einzuschreiten.)

Im weiteren Verlauf der Verhandlung leugnete Erzberger, je Kolonialpapiere gekauft zu haben.

Nach der Mittagspause wird mit der Erledigung des Falles

„Viehhandelsverband"

begonnen. — Helfferich: Der Nebenkläger soll für den Viehhandelsverband wie auch für ähnliche Verbände als Syndikus tätig gewesen sein. Es wurden zum Teil Verträge abgeschlossen, in denen sich Herr Erzberger verpflichtete, gegen ein Jahresgehalt von 12 000 Mark die Interessen der Verbände parlamentarisch zu vertreten. — Erzberger: Ich habe mich prinzipiell bereit erklärt, als Syndikus einzutreten, kann mich aber auf weitere Einzelheiten nicht besinnen. Es ist wohl von 12 000 M. gesprochen worden. Ich wurde dann Staatssekretär und damit war die ganze Sache erledigt. — Es stellt sich heraus, daß sich Erzberger vor seinem Eintritt als Syndikus für die Verbände verwendet hat.

Hierauf wird Herr Samuel Isaac, Geschäftsführer der Viehhandelsgesellschaft vernommen. Ueber das ausgesetzte Gehalt und über die Betätigung Erzbergers weiß der Zeuge nichts auszusagen.

Es wird darauf in die Erörterung des Falles „Ein- und Ausfuhr" eingetreten. — Helfferich: Herr Erzberger hat für den Hamburger Hering- und Südfruchthändler Bertel Ende 1917 oder Anfang 1918 im großen Umfange Erlaubnis für die Ausfuhr von Textilien aus der Schweiz erwirkt. Aus der Industrie sind damals die stärksten Beschwerden darüber eingelaufen, daß der legitime Handel diese Erlaubnis nicht erhalten konnte. Zum großen Erstaunen der Industrie wurden Textilien auf den Markt gebracht von Leuten, die gar nichts damit zu tun hatten. Der Händler, welcher Herrn Bertel aus der Schweiz belieferte, hatte von der Schweizer Regierung keine Ausfuhrerlaubnis erhalten. Mit den Erzbergerschen Einfuhrerlaubnissen wurde in der Schweiz ein starker Handel getrieben und es sollen mit diesen Geschäften 20 Millionen Mark verdient worden sein. — Erzberger: Ich erkläre unter meinem Eid, daß ich nicht als Abgeordneter die Ein- und Ausfuhrbewilligungen erstrebt habe, sondern in meiner Eigenschaft als Leiter des Propagandabureaus. Ich habe niemals einen finanziellen Vorteil gehabt. Weiter erkläre ich, daß ich einen Mann namens Bertel überhaupt nicht kenne. Als man an mich herantrat, für diesen Herrn eine Einfuhrgenehmigung zu erwirken, hörte ich lediglich von den zuständigen Stellen, daß Bertel schon einmal einen Einfuhrschein erhalten habe. Ich weiß nicht einmal, ob das ganze Einfuhrobjekt 20 Mill. M. betrug. Ich betone nochmals, daß ich diese Schritte nicht in meiner Eigenschaft als Abgeordneter unternahm. — Rechtsanwalt Alsberg: Haben Sie, Exzellenz, als Chef des Propagandabureaus nicht Leuten, die niemals an Ausfuhrgeschäfte dachten, Versprechungen gemacht, daß Sie ihnen derartige Erlaubnisscheine besorgen würden? — Erzberger: Ich erinnere mich nur dunkel an einen Fall, der nach Rumänien hinüberspielt. Meinen Sie den? — Rechtsanwalt Alsberg: Jawohl. — Erzberger: Aus politischen Gründen kann ich hier darüber nichts aussagen. — Helfferich: Hat der Herr Nebenkläger dem Reichskanzler seinerzeit über die Notwendigkeit der Ein- und Ausfuhrbewilligungen Mitteilung gemacht? — Erzberger: Darüber kann ich öffentlich nicht sprechen. — Rechtsanwalt Alsberg: Ich frage den Herrn Nebenkläger, ob es richtig ist, daß

aus der Türkei Olivenöl

durch seine Vermittlung eingeführt worden ist und ob dieses Oel für kirchliche Zwecke verwendet worden ist? — Erzberger: Das ist richtig. Das Oel wurde für die Zwecke der Kirche dringend benötigt. — Rechtsanwalt Alsberg: Ist es richtig, daß Sie dem Reichskommissar für Ein- und Ausfuhr erklärten, daß Sie die Ein- und Ausfuhrscheine für politische Zwecke brauchten? Ist es weiter richtig, daß der Reichskommissar sich daraufhin beim Auswärtigen Amt erkundigte und, als er dort einen gegenteiligen Bescheid erhielt, Ihnen Schwierigkeiten bei der Gewährung dieser Bescheinigungen machte? — Erzberger: Das stimmt nur zum Teil. Selbstverständlich sind nur nicht alle Anträge durchgegangen. Eine Reihe von Gesuchen wurde bewilligt, andere wurden mir abgeschlagen. — Geheimrat v. Gordon bittet nochmals um Ausschluß der Oeffentlichkeit. — Hierauf soll der Zeuge Stadtrat Kemper vernommen werden. — Geheimrat v. Gordon stellt jedoch noch einmal nachdrücklich den Antrag, die Oeffentlichkeit auszuschließen. Das Gericht zieht sich zu einer kurzen Beratung zurück und verkündet schließlich, daß die Ein- und Ausfuhrgeschäfte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt werden sollen.

Um 3¼ Uhr wurde die Verhandlung auf Dienstagmorgen 9½ Uhr vertagt.

Achtung, Betriebsratswahlen!

Das Zentralwahlbureau der S.-P.-D.-Betriebsräte befindet sich Lindenstr. 114, v. IV. Jede Auskunft ist von dort einzuholen. Das Material und die Formulare für die Wahl werden Anfang dieser Woche dortselbst ausgegeben.

Groß-Berlin

Die Grippe.

Wir haben leider wieder die Grippe in Berlin. Nicht nur hier, sondern in der ganzen Welt zeigt sie ihr widerliches Haupt. Aber sie tritt bei weitem nicht so gefährlich auf, so schreibt man uns aus ärztlichen Kreisen, wie es zum Beispiel im Herbst 1918 der Fall war. Trotzdem sind die wildesten Gerüchte über die Krankheit im Umlauf. Sämtliche Todesfälle, die heute vorkommen, werden skrupellos auf das Konto der Grippe gesetzt.

Zuweilen scheint es, als wüßten selbst sonst ganz vernünftige Leute nicht, wie sie genug Todesfälle zusammenkriegen könnten, um die Sache recht schauerlich zu machen. Der und der ist gestorben. Berühmte und bekannte Namen schwirren durch die Luft. Namen von Leuten, die sich anderen Tags wohl und munter in der Oeffentlichkeit zeigen. Es ist wie eine Art Grippe-Manie, die Berlin gefangen hält.

Gewiß ist es eine schlimme und heimtückische Krankheit, vor der man sich mit allen Maßregeln hüten soll. Aber es ist kein Anlaß vorhanden, um der Sucht des Tages zu genügen, in Sensation zu machen, wo keine vorhanden ist. Wir haben ohnedies genug davon.

Die amtliche Statistik stellt diesmal nur ein Prozent Todesfälle an der Grippe im Februar fest. Das sollte man allen wilden Gerüchten entgegenhalten.

•

Im Beisein von Vertretern des Wohlfahrtsministeriums und des Polizeipräsidiums fand eine Tagung der Gesundheitskommission unter Vorsitz des Stadtmedizinalrats Dr. Weber

---

831

Jan Krebsereuter.

Seine Taten, Fahrten und Meinungen.

Aufgezeichnet von Hans Müller-Schlösser.

„Jan," sagte er, räusperte sich und spuckte in den Kohlenbock neben sich. „Jan, gib paß, wat ich jetzt sag'! Lesen, Schreiben, Rechnen kannst du. Dat hat dir dein Lehrer Bochem, so gut wie er es konnt', beigebracht. Aber dat ist nit viel. Damit kömmst du nit durch die Welt. Und darum will ich dir, wo du mit voller Takelasch auf der Reede liegst, um an't Auslaufen zu geben — wohin, Jung, dat weiß ich nit, dat mußt du selber wissen — will ich dir, sag' ich, noch allerhand Ladung an Deck bringen, die du vielleicht, wenn es nötig ist, gut gebrauchen kannst."

Trüdeke blickte Jan, der herzhaft ein großes Stück von seiner Schnitte Schwarzbrot mit Möhrenkraut abbiß, wobei das Kraut ihm einen rötlichen Schnauzbart malte, mit wehleidigen Augen an, tupfte sich mit der blauweißgestreiften Schürze zwei Tränen von der Backe und sagte, während sie Jan zärtlich auf den Arm klopfte:

„Bleib' brav, Jüngke! Bleib' brav!"

Grades räusperte sich, machte die Backen hohl und kratzte sich über die Bartstoppeln, daß es sich anhörte, als führe jemand mit einer harten Bürste über einen leeren hölzernen Topf.

„Vor allem, Jung, sag' ich," fuhr er fort, „tu deine Schuldigkeit, dat du nit über Bord geschmissen wirst! Fest in den Schuhen gehn, Jung, dat man merkt, du bist da! Dann darf auch der Boden ab und zu ein bißchen schwanken, du fällst nit um. Reiß' die Augen auf! Es ist viel zu sehen in der Welt und mag es gut oder schlecht sein, du mußt für dich dat beste heraussuchen. Und wat für dich dat beste ist, mußt du selber wissen. Ich kann es dir nit mehr sagen, und dein Mütterke auch nit."

„Enä, Jüngke," bestätigte Trüdeke, und eine Träne rollte ihr über die Backe.

„Du bist auf dich ganz allein gestellt. Und wenn der Mensch sein Schicksal auch nit bloß sich allein verdankt und auch nit allein dafür verantwortlich ist, sorg' dafür, dat du über dat, wat du selber beiträgst, dich am End' kein' Vorwürf' zu machen hast!"

„Halt dich nur brav, Jüngke!"

„Alles Leben muß widdergelebt werden; wie du es treibst, so wird es dir im Alter auch gemacht. Halt' die Augen auf, und wenn du im Schilf sitzt, mußt du Flöten schneiden. Und wenn du immer mit dem Wasser kochst, wat du hast, bleibst du keinem dat Kostgeld schuldig. Streck' dich nach der Deck', dann kriegst du auch kein' kalte Füß'. — Halt' dich für dich, Jung, denn die Menschen sind eine große Spitzbubengesellschaft; und wer sich mengt unter die Kleien, wird auch gefressen von den Säuen! Laß dich aber darum dat bißchen Leben nit verdrießen, denn ist auch nit alles Gold, was blinkt, dann ist auch nit alles Dreck, wat stinkt! Halt' dich für dich, Jung, sag' ich, und wenn du nix zu sagen weißt, schweig' neit still. Durch Stillschweigen bringt mancheiner fertig, dat man ihn für einen Dokter ästimiert, wo er doch sonst für einen Geck gehalten würd', wenn er's Maul auftät'. Du mußt schweigen und wenn dir's Maul schäumt, denn man kann nit gegen 'nen Backofen japen. Du mußt dir aus nix viel machen, vor allem aus Unglück nit, denn wer Unglück hat, fällt in't Gras und zerbricht die Nas', und wem es beschieden ist, zerbricht das Bein im Bett. — Nit, Jung, dat ist wat viel für im Kopp zu behalten, aber eins darfst du nit vergessen: dat End' trägt die Last!"

„Darum, Jüngke," vollendete Trüdeke, „bleib brav!"

„So! Domit wären wir klar. Und jetzt kannst du in See stechen. In einem Jahr oder zehn bist du so weit. Dann bist du binnen Hafen, dann kannst du ein Federchen in die Luft blasen."

Grades tat drei mächtige Züge, spuckte in den Kohlenbock und trank seine Tasse mit dem kaltgewordenen Kaffee aus. Darauf strich er sich wieder mit dem Handrücken die Schnauzhaare aus dem Munde und fuhr fort:

„Jetzt, Jung, kömmt es bloß noch drauf an, wat für 'ne Kurs du nehmen willst. Ich mein', wat willst du werden? Magst du Bäcker werden? Dann geb' ich dich miteins beim Baas in die Lehr'."

„Enä, Vatter."

„Hm. Magst du denn Klempner werden wie der Schlüter?" Auch ein schön Geschäft!"

„Enä, Vatter."

„Hm. Wat hältst du denn von der Schneiderei? Kleider sind so nötig wie Brot!"

„Enä, Vatter."

„Zackerzucker, Henkerschknecht! Wat willst du denn werden?"

„Schiffer, Vatter!"

Grades schaute seinem Sohn ins Gesicht.

„Schiffer? Hm! Wie ich?"

„Jo, Vatter, wie Ihr!"

Grades nickte und schlug mit der flachen Hand auf den Tisch.

„Dann komm'! Setz deine Kapp' auf."

Grades stand auf. Jan wischte sich mit dem Handrücken das Kraut vom Munde, nahm seine Kappe und ging hinter seinem Vater her zur Tür hinaus.

Sie gingen nach dem Rheinwerft am Zoll-Tore und als sie zurückkamen, war Jan Schiffsjunge auf dem Holzschiff „Adelheid" und mußte am nächsten Morgen schon fort den Rhein hinunter nach Rotterdam.

Als Tünnes am Mittag aus der Schule kam, stand Jan auf dem Dürpel vor der Haustüre. Er schaute Tünnes von oben herab mit hochmütigem Blinzeln an und sagte:

„Ich bin Schiffer, Tünnes!"

Tünnes lachte. „Hä, du bist wat! Gössematrol'!"

Jan überhörte den vom Neid erregten Spott und wiederholte:

„Schiffer bin ich auf der „Adelheid". Morgen früh geht es nach Rotterdam!"

Jetzt riß Tünnes die Augen auf und fragte:

„Ist dat wahr, Jan? Richtiger Schiffer? Nach Rotterdam?"

Jan nickte stolz. „In einem Jahr oder zehn bin ich so weit. Dann bin ich binnen Hafen. Dann kann ich ein Federchen in die Luft blasen."

„Ein Federchen in die Luft —?"

„Ich fahr' durch die ganze Welt, nach Afrika, da fang' ich Affen, und nach Indien, da bring' ich meinen Eltern Dijamanten mit und in Amerika kauf' ich für meinen Vatter 'ne ganze Sack voll Tubak!"

Jan steckte die Hände in die Hosentaschen und spuckte in weitem Bogen auf die Straße.

Tünnes schaute mit verschleierten Augen ins Leere und seufzte.

(Forts. folgt.)

statt. Die gegen die Grippeepidemie getroffenen Maßnahmen wurden gebilligt. Es wurde nochmals darauf hingewiesen, daß nicht nachdrücklich genug **sofortige Schonung** beim Auftreten der ersten Krankheitszeichen und in der Rekonvaleszenz dem Publikum empfohlen werden kann. Ferner ist wichtig der Hinweis darauf, daß die Krankheit in erster Linie durch Tröpfcheninfektion beim Husten übertragen wird. — Im übrigen hat es den Anschein, als ob der **Höhepunkt** der Epidemie **bereits überschritten** ist.

Weitere Ergebnisse der Elternbeiratswahlen.

Soweit sie uns vorliegen veröffentlichen wir folgende weitere Ergebnisse der Sonntagswahl in den Vororten:

In	S.P.D.	U.S.P.D.	Kirchl.-Unpol.
Lichtenberg	46 (—)	174 (—)	247 (—)*)
Friedrichsfelde . . .	7 (—)	15 (—)	8 (—)
Marienfelde	— (4)	— (2)	— (8)
Zehlendorf	— (7)	— (4)	— (15)
Karlshorst	190 (—)	124 (—)	336 (—)
Rosenthal	102 (3)	227 (8)	199 (7)
Blumberg (Bez. Potsd.) .	100 (4)	— (—)	42 (1)

Leichenberaubung im Charlottenburger Mausoleum.

Ein Einbruch in das Mausoleum zu Charlottenburg, der offenbar schon in der Sonntagnacht verübt worden war, wurde gestern entdeckt. Einbrecher haben den **Sarg der Königin Luise gesprengt**, nach Schmucksachen durchsucht und **beraubt**. Die Deckel der anderen Särge widerstanden. Von den Sargdeckeln Wilhelms I. und seiner Gattin, des Prinzen Albrecht und der Fürstin Liegnitz sind goldene, silberne und vergoldete Kränze und Zweige geraubt. Von den Einbrechern **fehlt jede Spur**.

Wie von anderer Seite gemeldet wird, haben die Nachforschungen nach den Verbrechern bisher keinen Erfolg gehabt. Im Laufe des gestrigen Tages versuchte man, mit Hilfe von **Polizeihunden** eine Spur der Täter zu finden, doch führten über die Wege um das Mausoleum so viele Spuren, daß die Hunde keine bestimmte Fährte mehr aufzunehmen vermochten. — Man neigt der Ansicht zu, daß die Beraubung des Sarges nicht von Tätern verübt worden ist, die sich ständig in der Nähe Schlosses befinden, sondern von gewerbsmäßigen Einbrechern, die mit allen Mitteln der Technik arbeiteten. Der Wert der gestohlenen silbernen und goldenen Sargverzierungen, läßt sich vorläufig noch nicht schätzen, da bisher nicht festgestellt werden konnte, ob das Metall rein oder unvermischt gewesen ist. Die Diebe haben merkwürdigerweise den goldenen Kranz vom Sarge Wilhelms I., der aus Gold besteht und zwei Pfund schwer ist, der also heute einen Wert von rund 40 bis 50 000 Mark darstellt, in der Nähe des Heizungsraumes liegen lassen. Alle Anzeigen deuten darauf hin, daß die Diebe in der Nacht vom Sonntag zum Montag nochmals in die Grabkammern eingedrungen sind und dort den Kranz gesucht haben.

Eine auffällige Ausschreitung, die sich am Montagvormittag zugetragen haben soll, wird uns von **zwei Augenzeugen** berichtet: Ein **Maschinengewehrzug** zog mit Musik den Kurfürstendamm entlang. Die Regimentskapelle spielte mehrfach „Deutschland, Deutschland über alles". Ein vorüberfahrender Kutscher machte hierüber eine abfällige Bemerkung und wurde dafür von dem die Musik dirigierenden Tambour mit dem Tambourstock so **heftig ins Gesicht gestoßen**, daß er blutete. Ein unbekannt gebliebener Mann in Feldgrau, der dieses Verhalten kritisierte und sagte, daß man es dem „Vorwärts" melden müsse, aber weiter mit der Musik mitging, wurde in Moabit hinter dem Kriminalgericht von zwei Soldaten des Zuges unter dem Vorwand verhaftet, daß er Waffen bei sich trüge. Der Mann bestritt das und wurde nun in das Kasernement Seydlitzstraße abgeführt. Durch das offenstehende Kasernentor beobachteten die Augenzeugen, wie dieser Mann nunmehr von demselben Tambour sowie anderen hinzukommenden Soldaten **gleichfalls heftig geschlagen** wurde. Als die Täter sich beobachtet sahen, ließen sie schleunigst das Tor **schließen**. — Eine amtliche Aufklärung über den Vorgang war zu später Stunde nicht mehr zu erhalten. Eine genaue Untersuchung des Vorfalls und Bestrafung der evtl. Schuldigen scheint dringend geboten.

Die Museen offen. Da es langsam wärmer wird, soll der Versuch gemacht werden, die wegen Kohlenmangel zur Zeit geschlossenen Museen von heute ab bis auf weiteres täglich in der Zeit von 10 bis 1 Uhr offen zu halten, wie dies jetzt schon mit dem **Kaiser-Friedrich-Museum** geschieht. **Montags** bleiben das Alte, das Neue, das Kaiser-Friedrich-Museum, das Kunstgewerbe-Museum und die Sammlung für Deutsche Volkskunde, **Dienstags** das Museum für Völkerkunde **ganz geschlossen**.

Schnapsbrenner in einer Laubenkolonie. Eine erfolgreiche Streife machten gestern drei Hundertschaften der Sicherheitspolizei der Polizeiabteilung Wedding. Es galt, die **Laubenkolonien am Wedding**, das Dorado des Groß-Berliner Verbrechertums, einmal gründlich abzusuchen. Die Sicherheitspolizei fand und beschlagnahmte drei russische Gewehre mit Bajonetten und viel Munition, einen Karabiner, drei Pistolen und einen großen Korb mit Schinken. Sie entdeckte außerdem auf dem Gelände eine Geheimschlächterei und eine **geheime Schnapsbrennerei** und in dieser fünf Doppelzentner Getreide und mehrere Fässer, die mit gegorenem Getreide gefüllt waren. **Fünf Personen** wurden vorläufig festgenommen, nach Feststellung ihrer Persönlichkeit aber einstweilen wieder auf freien Fuß gesetzt.

*) Vereinigt mit Bürgerlichen.

Für 30 000 Mark Zigaretten beschlagnahmten Sicherheits- und Kriminalpolizei am Grünen Weg. Die Beamten kamen gerade dazu, als die Zigaretten, die in mehreren Säcken verpackt waren, vor einer Schankwirtschaft von einem Fuhrwerk abgeladen wurden. Die Besitzer ließen sie im Stich, als sie die Beamten kommen sahen. Die Zigaretten rühren ohne Zweifel aus irgendeinem Einbruch her. Der Eigentümer kann sich im Kriminalbureau in der Andreasstr. 62 melden. Die beschlagnahmten Zigaretten tragen den Aufdruck „Karam-Oriental", „Grade-Oriental" und „Lea-Zigarettes".

Zentrale für Einigung Neukölln. Heute 7 Uhr bei Kutzki, Neukölln, Leine-, Ecke Hermannstraße: Mitgliederversammlung.

Einen Kammermusikabend veranstaltet die **Jungsozialistische Vereinigung** (S.P.D.) am Mittwoch, den 25. Februar, 7½ Uhr, in den Blücher-Festsälen, Blücherstr. 61. Einleitende Worte und Leitung: Genosse Dr. Hamaner. Eintrittskarten zu 1,50 M. an der Abendkasse.

Arbeiter-Samariter-Kolonnen Groß-Berlin. Die Mitglieder sämtlicher Bezirkskolonnen wollen die Veranstaltungen ihres Bezirks besuchen. Entgegennahme dringender Mitteilungen. Ausweis und Armbindenkontrolle. Meldung von Hauskrankenpflegerinnen usw.

Lichtenberg. Stadtverordnetenversammlung. Bei der Beratung des Antrages **Mielitz** (U. S. P.) betreffend **Aufhebung des Belagerungszustandes** kam es zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte. **Schachtel** (Bürgerl.) beantragte, diesen Antrag als **letzten** Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Nach Annahme dieses Antrages, erklärte **Mielitz**, daß seine Fraktion nunmehr **kein Interesse mehr an der weiteren Sitzung** hätte, und die U.-S.-P.-Stadtverordneten verließen den Sitzungssaal. Als der Antrag **Mielitz** zur Beratung kam, erschienen die Unabhängigen wieder. In einer nochmaligen Geschäftsordnungsdebatte wurde dem Vorsteher **Tempel** seitens unseres Genossen **Arndt** der Vorwurf einer parteiischen und geschäftsordnungswidrigen Geschäftsführung gemacht. **Schachtel** (Bürgerl.) schloß sich dem an und bemerkte, daß Tempel das Vertrauen seiner Fraktion schon seit längerer Zeit nicht mehr besitzt. — Nun begann Mielitz seine Ausführungen, die dahin gingen, daß die ganze Schuld an den Vorkommnissen am 13. Januar die **Regierung und ihre Helfershelfer** trifft. Arnd (S. P. D.) beantragte unter Berücksichtigung der Tatsache, daß sich **mehr als 20 Unabhängige** zum Wort gemeldet und ihre beiden ersten Redner jeder eine Stunde gesprochen hatten, Schluß der Debatte. Der Antrag wurde angenommen und der Antrag Mielitz **abgelehnt**.

Ein Antrag auf **Errichtung einer vierten Stadtarztstelle und zwei neuer Fürsorgeschwesternstellen** für die Fürsorgestelle für Lungenkranke wurde angenommen, ebenso ein Antrag des Magistrats betreffend den **Abbau der Vorschulklassen** und der Klassen der Unterstufe der mittleren und höheren Schulen von Ostern 1920 ab. Der Magistrat wurde ferner ersucht, schleunigst der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage über Errichtung einer **Beratungs- und Fürsorgestelle für schwangere Frauen** zu machen. Für die Fertigstellung des großen Spiel- und Sportplatzes an der Herzbergstraße wird eine Restsumme von 338 000 M. bewilligt. Vom 1. April 1920 ab sollen **zwei Gewerbeschullehrer** hauptamtlich angestellt werden.

Bei der Vorlage des Magistrats betreffend die Einführung von Unterricht über **„Sittliche Lebenskunde"** an den städtischen Schulen in Lichtenberg kam es zu einer längeren Debatte zwischen den Stadtverordneten der Bürgerlichen und der beiden Sozialdemokratischen Fraktionen. Zwei Weltanschauungen standen sich hier gegenüber. Die Anhänger des alten Systems wollten nichts von der neuen Einführung wissen, und Dr. **Schmidt** (Bürgerl.) versuchte auch wissenschaftlich nachzuweisen, daß der bisherige Religionsunterricht der beste sittliche Unterricht sei und durch nichts neues ersetzt werden könne. Die Vorlage wurde gegen die Bürgerlichen **angenommen**. Für die städtische **Jugendbühne** wurden nochmals 12 500 M. nachbewilligt. Für eine **einmalige** Unterstützung an **Erwerbslose** wurden 60 000 M. bewilligt, und zwar sollen erhalten: Jedes Kind 40 M. Ferner wurden 50 000 M. bewilligt für eine einmalige Unterstützung an Erwerbslose, und zwar an solche Erwerbslose, die infolge sehr langer Erwerbslosigkeit oder Krankheit in besonderer Notlage sich befinden. Eine Vorlage des Magistrats betreffend Bewilligung von **laufenden** Teuerungszulagen für die städtischen Arbeiter wurde angenommen. Es sollen erhalten für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1920 Ledige unter 18 Jahren monatlich 50 M., Ledige über 18 Jahre monatlich 75 M., Verheiratete monatlich 90 M., jedes noch zu versorgende Kind bis zum 16. Lebensjahre monatlich 20 Mark.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Von heute ab wird auf C I-Karten an Stelle von Frischmilch für die Zeit bis zum 27. Februar einschließlich eine Büchse Kondensmilch verausgabt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

2. Abt. Zahlabend für die Bezirke 10 bis 19 und 30 bis 32 Wilhelmstraße 118 bei Rathmann; für die Bezirke 20 bis 29 Charlottenstr. 7/8 bei Schiem; für die Bezirke 216, 217, 220 Alte Jakobstr. 174 bei Schmidt.

5. Abtlg. Mittwoch: Zahlabend in den Bezirkslokalen.

10. Abt. Kassierer, Funktionäre und Bezirksführer treffen sich um 6 Uhr im Verkehrslokal Woll, Forster Str. 44. Ausgabe von Material und Richtlinien.

13. Abt. Mittwoch 7 Uhr: Zahlabend bei Steinke, Ritterstr. 115, Nedvodzianl, Brandenburgstr. 34; Stem, Buckower Straße 1; Kreppen; Alexandrinenstr. 134.

15. u. 16. Abt. Frauenabend morgen 7½ Uhr in der Aula der Handwerkerschule Andreasstr. 1. Gen. Lehrer Meise: „Französische und deutsche Revolution".

29. Abtlg. Zahlabend: Bezirke 517, 518, 519, 522, 523, 524 bei Fenkel, Danziger Str. 25; Bezirke 541, 540, 550 bei Rochhaus, Schliemannstraße 39; Bezirke 544 b, 545, 547, 548 bei Blase, Dunckerstr. 8; Bezirke 543, 544 a bei Burg, Prenzlauer Str. 189; Bezirke 542, 544 c, 546 bei Zurdeczki, Dunckerstr. 69.

32. Abt. Mittwoch 7 Uhr, Schulaula, Greifenhagener Straße 58/59: **Mitgliederversammlung**. Referent: Gen. **Victor Schiff**: „Sozialismus und Demokratie in den Weststaaten".

34. Abt. Mittwoch 7 Uhr: Zahlabend bei Goldbach, Vinetaplatz 7; Ohligs, Stralsunder Str. 11; Opitz, Bernauer Str. 13; Greulich, Gartenstraße 46.

37. Abt. Heute 7 Uhr im Lokal von G. Bogos, Lehrter Str. 18/19, wichtige Sitzung der Bezirksführer und Betriebsvertrauensleute.

39. Abt. Mittwoch 7 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung bei Berger, Levetzowstr. 21. Vortrag des Genossen Lehrer Hödicke.

40. Abt. Mittwoch 7½ Uhr: Zahlabend bei Schmidt, Wiclefstr. 17; Thiemann, Wittstocker Str. 10; Trisser, Berlichingenstr. 7.

42. Abt. Mittwoch 7 Uhr: Zahlabend bei Behrens, Tegeler Str. 22; Dasse, Nordhafen 6.

43. Abt. Mittwoch 7 Uhr: Zahlabend bei Meyer, Bankstr. 82; Schade, Kösliner Str. 9; Sachse, Lindower Str. 26.

48. Abt. Mittwoch 7 Uhr: Zahlabend bei Lewandowski, Seestr. 104; Grunwald, Kameruner Str. 19; Tauber, Müllerstr. 62a.

65. u. 77. Gemeindeschule. Zusammenkunft der Eltern, die auf dem Boden der S. P. D. stehen und deren Kinder die 65. oder 77. Gemeindeschule besuchen, am Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 Uhr, bei Zache, Schul-, Ecke Exerzierstraße.

Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.). Ortsgruppe **Neukölln**. Heute 7½ Uhr bei Gohlke, Hermannstr. 199: Vortragsabend. — Ortsgruppe **Tempelhof-Mariendorf**. Heute 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Buse, Kaiser-Wilhelm-Straße, Ecke Werderstraße. Referent: Genosse Schloß. — Ortsgruppe **Lichtenberg**. Heute 7½ Uhr im Lokal Weichselstraße: Diskussionsabend. Gäste willkommen.

Wahlverein Schöneberg. Heute abend 7½ Uhr in der Aula der Fichteschule, Kolonnenstr. 22/23, Mitgliederversammlung. Besprechung der Tagesordnung des am Sonntag, den 29. Februar, stattfindenden Bezirkstages und Wahl von Delegierten hierzu.

Neukölln. Elternversammlung der Oberrealschule heute 8 Uhr, alle Eltern, die auf dem Boden der S. P. D. stehen, bei Felsch, Knesebeckstr. 48/49.

Für Eltern der das Lyzeum II. Richardplatz, besuchenden Kinder wichtige Besprechung heute 8 Uhr im Lokal von Stolz, Ecke Kaiser-Friedrich- und Innstraße. Diejenigen Parteigenossen, mit denen Pfarrer Schulze vereinbart hat, sich auf der unpolitischen, christlichen Kandidatenliste für den Elternbeirat zu einigen, werden dringend gebeten, zu erscheinen oder Nachricht dorthin zu geben.

Mahlsdorf. Frauenabend heute 7½ Uhr bei Anders, Bahnhofstr. 30. Gen. Kiesel: „Die Frau im Kampf gegen die Reaktion".

Eggersdorf. Der nächste Zahlabend findet Mittwoch ½8 Uhr im „Lindenhof" statt.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man **einen** Buchstaben und **eine** Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, I. Hof parterre links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

Sprechzeiten der juristischen Sprechstunde: Montag, Freitag und Sonnabend 3—5 Uhr; Dienstag, Mittwoch, Donnerstag 4—7 Uhr.

K. Hoffmann, Bergen. Der Betreffende ist versorgt. Wir werden die 100 M. anderweitig in Ihrem Sinne verwenden. Herzlichen Dank! — — **H. Sch. 11.** Nur bis zum Tage, an dem von dem Entlassungsrecht Gebrauch gemacht wurde, sofern nicht andere Vereinbarungen getroffen sind. — **A. B. 1000.** Es ist der Mietsvertrag maßgebend. — **G. K. 100.** Wenden Sie sich nochmals an die Allgemeine Ortskrankenkasse und eventuell beschwerdeführend an das Versicherungsamt. — **Kolonie 72.** Nein. — **L. W. 32.** Wenn ein Mietsvertrag vorliegt, können Sie nur mit Genehmigung des Mietseinigungsamts kündigen. Für die verkauften Sachen ist Ihr Sohn schadenersatzpflichtig. — **E. H. 85.** Sie hätten sich sofort an den Schlichtungsausschuß wenden sollen. Schreiben Sie an den Magistrat Schöneberg; vielleicht können Sie an anderer Stelle beschäftigt werden. — **H., Neuruppin.** Sie können nur gemäß § 19, 20 des Einkommensteuergesetzes Ermäßigung fordern. Das etwa zulässige Rechtsmittel wird Ihnen von der Behörde jedesmal mitgeteilt. — **A. W. 51.** Sie sind von dem auf Ihre Entlassung folgenden Monat ab steuerpflichtig. Wenn die Steuern Ihrem Einkommen entsprechend festgesetzt sind, so müssen Sie sie zahlen. — **K. S. 96.** Ja. — **B. B. 41.** Bis 30. 6. 20. Erfolgt vorher Pfändung, so wenden Sie sich an das Vollstreckungs- bzw. Amtsgericht. — **W. 103.** 1. Nein. 2. Ist Sache der Regierung. — **F. L. 100.** Es kommt auf die Art Ihrer Beschäftigung, insbesondere den Umfang Ihrer Aufsichtsbefugnisse an. Zu den Angestellten gehören Sie, wenn Sie nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte versicherungspflichtig sind. — **L. A. Tischau.** Versicherungsamt. — **L. L. Ja.**

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Zeitweise neblig, sonst größtenteils trocken und vielfach heiter, nur im östlichen Küstengebiet anfangs noch stärker bewölkt. In den Tagesstunden ziemlich mild, nachts zu Mittwoch an vielen Orten leichter Frost.

Flur-Garderoben · Garderobenschränke
vollständige Büro-Einrichtungen
finden Sie in
Grünewalds Büro-Ausstellung, Friedrichstr. 154, Berlin

Am Sonnabend nachmittag ½3 Uhr wurde mein lieber Sohn, unser guter Bruder und Schwager, der Schriftsetzer
Erich Rickelt
von seinem achtmonatigen schweren Leiden im Alter von fast 21 Jahren durch einen sanften Tod erlöst.
In tiefer Trauer
Käthe Rickelt, geb. Zwirner und Angehörige.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. Februar, nachm. ¼4 Uhr, von der Halle des Gethsemane-Kirchhofes, Niederschönhausen-Nordend, aus statt.

Achtung! Bauhandwerker.
Am Mittwoch, den 25. Februar 1920, abends 7 Uhr, findet im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15, eine
Versammlung
aller bei der Aktiengesellschaft für Bauausführungen beschäftigten Bauhandwerker statt.
Tagesordnung:
Stellungnahme zur Errichtung einer Betriebskrankenkasse bei der Aktiengesellschaft für Bauausführungen. 143/13
Bauhandwerker, erscheint vollzählig in dieser wichtigen Versammlung!
Deutscher Bauarbeiterverband, Bezirksverein Groß-Berlin.
Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Berlin.

Elektro-Installations-Materialien
Leitungsdrähte, Litzen, Kabeln, Spulendrähte, Kupfer- und Messingabfälle, Eisenbleche 0,3 bis 0,6 u. 2 mm bis 5 mm, sowie jegliche Art Winkeleisen kauft laufend jeden Posten
Carl Peschmann Nchf.
Inh. A. Nasaroff
Bernauer Str. 101 Filiale: Brunnenstr. 36
Fernsprecher: Humboldt 1079, 2230.

Landgerichtsrat a. D. Dr. jur. Wilhelm v. Kirchbach pers. z. sprechen Potsdamer Str. 115 (Lützowstr.) Langjähr. Erfahr. Zuverläss. Rechtsbeistand in Ehe-, Alimenten- u. Vertrauensangelegenh., Gesuche Verträge, Ermittelungen. — Beobachtungen Tel. Lützow 2494

Kupfer 24-25,50 M.,
Aluminium 20—21,50 M., Rotguß 20—23 M.
Messing 14—14,50 M., Blei 8—9 M. p. Kilo,
Zink 6,50—7,00 M., Zinn, Lagermetall kauft
Schlosserei Niemann.
Stallschreiberstraße 55, am Moritzplatz.

10000 Mk. Hypothek
auf sicheres Grundstück sofort oder 1. April zu 4 Proz. zu vergeben. Off. an die Expedition des „Intelligenz-Bl.", Königswusterhausen u. P. Sch. 30.

Zahngebisse,
auch zerbrochene, Zahn nicht unter 19 M.,
kauft Urban, Kottbuser Ufer 63, 9—7. 50/6*

Personen- und Last-Autos,
Mangnete, Vergaser, Zündkerzen, Beleuchtung in jedem Zustande zu kaufen gesucht 30/11*
Berliner Stahlbrunnen, Berlin-Treptow.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III. Ecke Kochstr.

Vom vergifteten Blut.

Von der Gicht weiß jeder, daß sie zu Siechtum, zu schweren Verkrüppelungen der Glieder und in den schlimmsten Fällen auch zum Tode führen kann.

Daß aber auch Rheumatismus, selbst wenn er gar nicht besonders heftig auftritt, eine Lebensgefahr bedeutet, wissen nur wenige.

Es entwickelt sich dabei eine Entzündung des Herzens.

Die weitere Folge ist die Entartung des Herzmuskels und der Leidende hat nun statt einer Krankheit deren zwei, den „harmlosen", aber sehr lästigen Rheumatismus und den sehr gefährlichen und noch viel lästigeren Herzfehler, der sehr plötzlich oder auch unter qualvollen Leiden zum Tode führen kann.

Angeboten wird ja viel gegen Gicht und Rheumatismus und „Hausmittel" gibt es wie Sand am Meer.

Es wäre ungerecht zu sagen, daß die meisten dieser Mittel nutzlos seien, im Gegenteil, die meisten wirken bald mehr, bald weniger schmerzlindernd, wenn auch nur auf kurze Zeit.

Aber mit einer kleineren Linderung der Schmerzen allein ist die Gefahr, daß das Leiden sich für Lebenszeiten einnistet, nicht im geringsten gemindert.

Ein gutes Mittel soll zwar Schmerzen beseitigen, soll aber außerdem auch die Wiederkehr verhindern, soll dem Uebel in seinen Ursachen zu Leibe gehen.

Diese Ursachen aber liegen bei allen gichtischen und rheumatischen Leiden, zu denen auch der sogenannte Hexenschuß (Ischias) gehört, in Störungen des Stoffwechsels, vor allem in einer Vergiftung des Blutes mit der zurückgehaltenen Harnsäure, die im gesunden Körper in Harnstoff umgewandelt und durch die Nieren ausgeschieden werden kann.

Der Befreiung des Blutes von Harnsäure dient das seit Jahren bewährte und in vielen Tausenden Familien hochgeschätzte Gichtosint.

Wie schnell und zuverlässig es wirkt, darüber liegen so viele Anerkennungen vor, daß sie eine ganze Anzahl dicker Hefte füllen, die bei mir jederzeit während der Geschäftsstunden eingesehen werden können.

Da sie alle ungefähr dasselbe bekunden (auffällige Abnahme der Schmerzen, selbst in veralteten Fällen, nach kurzem Gebrauch von Gichtosint, dann Wiederkehr der Beweglichkeit, gänzliches Schwinden der Krankheitserscheinungen, herzlichen Dank), so sei hier nur eine wiedergegeben:

Ich litt seit vielen Jahren an heftigem Rheumatismus, bin jetzt 73 Jahre alt, der mir zu Zeiten die größten und unerträglichsten Schmerzen und Qualen bereitete und mich manchmal völlig lähmte. Sämtliche mir empfohlenen Mittel schlugen nicht an. So hatte ich auch im Herbst des Jahres 1918 ganz besonders wieder darunter zu leiden, hatte schon drei Wochen hindurch unter gräßlichen Schmerzen im Bett gelegen und war fast völlig gelähmt, als zufällig meine Tochter das Inserat von Ihren Gichtosint-Tabletten entdeckte. Wir schrieben sofort darum, hatten jedoch wenig Hoffnung, daß dieselben helfen würden, denn wir hielten es für ein Reklamemittel ohne viel Erfolg. — Doch in der Not versucht man ja alles. Aber Ihr Gichtosint wirkte Wunder bei mir! Wie groß war mein Erstaunen, als ich nach etwa acht Tagen das Bett schon wieder verlassen konnte und überhaupt meine ganzen Schmerzen von Tag zu Tag nachließen und meine Glieder wieder gelenkig wurden. —

Ich gebrauchte dann eine richtige Kur Ihrer Gichtosint-Tabletten und bin ja eigentlich seitdem gänzlich geheilt von meinem Leiden. — Ich verspüre wohl im Herbst oder Winter hin und wieder mal Schmerzen in den Gliedern, sobald ich dann aber Gichtosint nehme, sind dieselben zu ertragen und auch bald ganz wieder vorüber, und bettlägerig war ich seit Gebrauch der ersten Kur überhaupt nicht wieder. — Ich spreche Ihnen hierfür meine Anerkennung und meinen wärmsten Dank aus. — Dieses hätte ich eigentlich schon längst tun sollen.

Von mir aus kann dieses mein Dankschreiben **gern** veröffentlicht werden. Hochachtungsvoll! K. W. Hannover.

Ich bin der guten Wirkung des Gichtosint so sicher, daß ich mir alle eigenen Anpreisungen erspare und allen Leidenden hiermit folgendes Anerbieten mache:

Sie teilen mir auf einer Postkarte Ihre genaue Adresse mit und ich sende Ihnen ganz kostenlos ein ausreichendes Quantum Gichtosint und weitere Aufklärung über Ihr Leiden und seine erfolgreiche Bekämpfung.

Ich bitte, kein Geld mitzuschicken und werde auch nachträglich keines für die Probe fordern. Ich will weiter nichts, als erreichen, daß Gichtosint mit allen den kleinen Mittelchen, welche vorübergehend eine Besserung versprechen, nichts gemein hat und daß es volles Vertrauen verdient. Wenn Sie sich davon genügend überzeugt haben, werden Sie sich gerne eine ganze Monatskur Gichtosint aus der nächsten Apotheke holen. Deshalb habe ich mich entschlossen, 5000 solcher kostenfreien Probedosen zu opfern. Besonders soll diese Gratissendung Leidenden zugute kommen. Ich bitte deshalb, sie nicht aus bloßer Neugier zu verlangen. Wer aber wirklich Bedarf dafür hat, schreibe sofort, denn die Nachfrage ist groß. Meine Adresse ist:

General-Depot der Viktoria-Apotheke, Berlin S. W., Friedrichstraße 19.

Gichtosint ist auch in anderen Apotheken zu haben.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Madame Butterfly.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
(Außer Abonnement)
Othello.
Anfang 7 Uhr.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: **Der lebende Leichnam**
Mw. 7½: D. Sendung Semaels.

Kammerspiele.
7½ Uhr **Die Büchse der Pandora**
Mittw. 7½ Uhr: Unterwegs.

Gr. Schauspielhaus
Karlstraße.
7 Uhr: Hamlet (13. Abt., 2. A.)
Mw. 7: Hamlet (14. A., 2. A.)

Theater i. d.
KöniggrätzerStraße
½8 U.: Schloß Wetterstein
Mittw.: Schloß Wetterstein
Donn.: Stützen d. Gesellschaft
Freitag: Schloß Wetterstein
Sonnabend, zum ersten Male:
König Nicolo
oder: So ist das Leben.
Schauspiel v. Frank Wedekind
Musik von Eduard Künneke.
(Ludwig Hartau, Alice Verden
a. G. vom Staatstheater in Dresden, E. Dernburg, Frieda Richard, Paul Rehkopf, Rob. Scholz, Hellmuth Bathe, Felix Rossert, Otto Schiller, Rudolf Jün.er.)

Komödienhaus
½8 Uhr, neu aufgenommen:
Der Biberpelz.
Diebskom. v. G. Hauptmann.
(Frau Wolff: Else Lehmann.)
Mittwoch: „Sie".
Donnerstag: „Sie".
Freitag: Der Biberpelz.

Berliner Theater
7 Uhr: Der
letzte Walzer.
Fritzi Massary, Otto Storm, Hans Wassmann usw.

Central-Theater
7½ U.: **Fräulein Puck.**
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Der Freischütz**
Die Tribüne
7¾ U.: **Franziska.**
Eden-Theater
7½ U.: **Helenens Ehemänner.**
Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ U.: **Der Raub der Europa**
Kleines Theater.
7½ Uhr: **Die Pfarrhauskomödie.**
Kl. Schauspielhaus.
7½ U: **Die unberührte Frau**
Komische Oper
7.20 U.: **Dichterliebe.**
Lustspielhaus
Arnold Rieck in:
7¾ Uhr: **Der Großstadt-Kavalier**
Metropol-Theater.
7 Uhr: Sybill
Neues Operettenhaus
7½ U.: **Die kleine Hoheit.**
Schiller-Theat. Charl.
7½ Uhr: **Macht d. Finsternis**
Thalia-Theater
7¼ U.: **Die närrische Liebe**
Th. am Nollendorfplatz
7¼ Uhr:
Der Vielgeliebte
Theater des Westens
7¾ U.: **Die Frau im Hermelin**
Wallner-Theater
7.15 Uhr **Eine Ballnacht.**
Walhalla-Theater.
7½ Uhr: **Csárdásfürstin.**

Residenz-Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Täglich ½8 Uhr:
Evchen Humbrecht.
Mittwoch 4 U.: Rotkäppchen.
Sonnab. 4: Max und Moritz.
Sonntag 4: Der gute Ruf.

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich ½8 Uhr:
Femina.
Mittw. 4 U.: Max u. Moritz.
Sonnab. 4: Hänsel und Gretel.
Sonntag 4 U.: Johannisfeuer.

Admirals-Palast.
Die lustige Puppe
7½ Uhr.

METROPOL KABARETT
BEHRENST. 53-54
Hanna Creswik
Lilian Helten
Lilly Heyn
Willy Lille
Hans Friedel
Guido Gialdi
Hella Ingried
Mac Walten
„Der selige Oktave"
Laczi u. Aenni
in ihrem Tanzsketch
Whisky-Rausch
(Traum eines Tänzers)
Kapelle Mundi Neumann.
Am Flügel: E. Hentschel.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr: **Gyges und sein Ring.**
Mittw.: Der Liebestrank.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7¾ Uhr: **Pygmalion.**
Mittwoch 7¾: Pygmalion.
Donnerstag 7¾: Pygmalion.

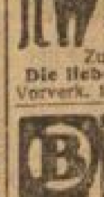
Deutsches Künstler-Theater
7¾ Uhr:
Die Marquise von Arcis.
(Konstantin, Servaes, Straßmann-Witt, Veidt).
Mittw.: Marquise v. Arcis
Donnerstag 7, zum 1. Male:
Menagerie.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Die im Schatten leben.

APOLLO
Theater
Friedrichstraße 218.
Dir.: James Klein
7½ **Februar** 7½
Die weltberühmte
Fregolia
in ihren 100 Verwandlungen u. Illusionen.
Gertrude Barrison
aus London zurück
6 Grunatos
Salonakrobaten
Geschw. Blumenfeld
Luftakt
6 ChungHang
Chinesische Gaukler
Elvira, Drahtseil
Simon u. Artard
Pierrots am Reck.
Stg. 3½ Uhr jed. Erwachsene 1 Kind frei

Passage-Theater
Unter d. Linden 22/23
Dir. M. Soliman
2 Uraufführungen 2
Der Vampyr von St. Louis
1. Teil in 5 Akten.
Ein Erlebnis aus dem Tagebuch des berühmten Detektiv Nic Carter.
Hauptrollen:
Bruno Eichgrün
Rita Clermont.
Seine Frau Meine Braut
Lustspiel in 3 Akten.
Hauptrolle:
Paul Heidemann

Schall u. Rauch
im Großen Schauspielhaus
Karlstr., Schiffbauerdamm.
Neues Februar-Programm:
Gussy Holl
Mady Christians
Paul Graetz
v. Twardowski
Klabund
Orca Doelk
Maria Lux
Musik. Ltg.: Friedr. Hollaender
Filmconference
Karikaturenfilm v. Walter Trier
Eröffnung 7½, Beginn 8½ U.

Theater am Kotbuser Tor
Tel.: Moritzplatz 14514.
Jeden Abend 7½ Uhr:

Elite-Sänger.
9 ehem. Mitgl. der Stettiner Sänger.
Sonnt. nchm. 3 U. ermäß. Preis. (voll. Abend-Programm.
Blüthgen - Konzert.
Beginn 7.10 Uhr.
Zum Schluß:
Die lieben Verwandten.
Vorverk. 11—1½ u. 4—6 Uhr.

B T L
Potsdamer Str. 38
Turmstr. 12
Tänzerin Tod
Drama mit
Reinhold Schünzel
Friedenau, Rheinstr. 14
Alexanderplatz-Passage
König Makombe
4. Teil d. groß. May-Films
Die Herrin der Welt.

Eichhofbauer
Volksvarieté
Warschauer Str. 34/38.
Täglich
7 erstklassige 7 Varieté-Nummern
Die neue Burleske:
Die Etagére.

Wochentags ab 7 Uhr — **UFA THEATER UFA** — Sonntags ab 4 Uhr

Mozartsaal
Spitzen
Dänisches Schauspiel nach dem Roman von Paul Lindau
Hauptrolle:
Gudrun Houlberg

Kurfürstendamm 26
Die Marchese d'Armiani
mit
Pola Negri
Regie: Alfred Halm
Hundemamachen
mit
Ossi Oswalda
Regie: Rudolf Biebrach

Kammerlichtspiele
4 Wochen-Zyklus **Die Herrin der Welt**
Titelrolle: **Mia May** / Künstlerische Oberleitung: **Joe May**
Vom 24. bis 26. Februar: 6. Teil: **Die Frau mit den Milliarden**
Männliche Hauptrolle: **Paul Hansen**
Vom 27. Febr. bis 1. März: 7. Teil: **Die Wohltäterin der Menschheit**
Männliche Hauptrollen: Hans Mierendorf / Paul Hansen / Ernst Hofmann
In den Kammerlichtspielen Presse-, Ehren-, Dauer- und Freikarten ungültig!

Hasenheide 8. Teil: **Die Rache der Maud Fergusson**
mit **Mia May / Hans Mierendorf / Ernst Hofmann**

Nollendorfplatz 4
Die Jagd nach dem Glück
Ein symbolisches Film-Schauspiel in 6 Akten

Alexanderplatz, Weinbergsweg 16, Schöneberg
Henny Porten
Monica Vogelsang
nach der Novelle von Felix Philippi
Regie: Rudolf Biebrach

Friedrichstrasse 180 **Grete Freund** u. **Felix Basch**
in **Mascotte** nach Leo Leipzigers Roman „Ballhaus Anna"
Hundemamachen mit **Ossi Oswalda** Regie: Rudolf Biebrach

Voranzeige: Ab 27. Februar U. T Friedrichstr. **Boccacios Liebesabenteuer** mit **Ica v. Lenkeffy**
Vorverkauf: U. T Kurfürstendamm und U. T Friedrichstrasse 180 von 12 bis 1 Uhr

Circus Busch
Heute Dienstag 7½ Uhr:
Das gr. Febr.-Programm
Neu **Geschw. Chaverial** Neu
Drahtseilkünstler.
3 Urbanis, Kraftturner
Amateur-Reiten
100 M. Belohnung erhält, wer dreimal stehend die Manege umreitet.
Sowie die übr. Nummern.
9 Uhr **Feuertanz** 9 Uhr
in „Aphrodite".

Casino-Theater
Lothringerstr. 37. Tägl. ½8 U.:
Des großen Andranges wegen noch kurze Zeit verlängert!
Ueber 100 mal aufgeführt.
Schniepels Lene
und erstklassige Spezialitäten
Sonntag 3½: Die Wunderkur
◆ Folies Caprice ◆
Eck. Friedrich- u. Linienstraße
Täglich 7½:
Die abgetretene Frau
Zwangseinquartierung.
Oh dieser Nowack!
mit Ferdinand Grünecker in den Hauptrollen.

Reichshall.-Theater
Jeden Abend 7½, und Sonnt. Nm. 3 U.:
Stettiner Sänger.
Nachmittags ermäßigte Preise

Winter-Garten
Täglich 7.30 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

UFA Lichtspiele
TauentzienPalast
Der Amönenhof
Lustspiel nach dem gleichnamigen Roman von Gräfin von Adlersfeld-Ballestrem
mit
Mia May
Regie: Uwe Jens-Krafft
Wochentags: 7 und 8¾ Uhr / Sonntags: Beginn 4 Uhr
Vorverkauf 11 bis 1 Uhr

SOZIAL-FILM G. M. B. H.
GERECHTIGKEIT!

Meine großen Möbel-Läger
mit Speisezimmern, Herrenzimmern, Schlafzimmern, Leder- u. Gobelin-Garnituren, Plüschsofas, Trumeaus, Schränken, Vertikos, kompletten Kücheneinrichtungen usw. ... in der Brunnenstraße Nr. 7, Nr. 8 u. Nr. 186 ...
Möbel-Lechner, Haupteingang Brunnenstraße 7
Geöffnet von 8—6

Kupfer Messing Zinn
Sämtl. Metalle
Quecksilber
Platin
Gold-Silber-abfälle
Zahngebisse
kauft zu riesig
hohen Preisen
in unseren
6 Einkaufsstellen
Metall-Zentrale
1. Brunnenstr. 11 am Rosenthaler Platz
2. Fennstraße 48 am Weddingplatz
3. Beusselstr. 29 nahe Turmstraße
4. Bahnhofstr. 2 Ecke Schöneberger Str. am Anhalter Bahnhof
5. Neukölln Kaiser-Friedrich-Str. 229 nahe Hermannplatz
6. Weidenweg 72 am Baltenplatz

Platin
höchste Preise
Zahngebisse
bis 3000 Mark,
jedoch pro Zahn nicht unter 18 M.
Gold, Silber-schmucksachen
Gebrauchs-gegenstände sowie Bruch
Konkurrenzl. Preise
Pilz
Alte Schönhauser Straße 19 II.
Geschäftszeit: 9—5 Uhr.

Möbel
gegen Bar oder Kredit
zu billigen Preisen:
Wohnzimmer,
Schlafzimmer,
Herrenzimmer,
Speisezimmer,
Bunte Küchen
Einzelne Möbel
Kriegsanleihe nehme in Zahlung.
Liefere auch nach ausw.
Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.
Möbel-Groß
Gr. Frankfurter Str. 141
5 Min. vom Schles. Bahnh.
Invalidenstraße 5.
Eingang Ackerstr.
5 Min. v. Stettiner Bahnh.

Messing 14,50 M.

Kupfer	24 M.
Rotguß	23 „
Zink	7 „
Blei	9 „
Reinzinn	bis 70 „
Weißlagermet.	30 „

per Kilo zahlt
Rohprodukten-Großhdlg.
Dresdener Str. 13-14
am Kottbuser Tor.
Bitte genau auf Hausnummer zu achten.

Mitesser
Pickel, auch die ... ... Haut und ... ... seit 30 Jahren ... Mark 7.50 ... Reichel's ... Mk. 3.00 Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstraße 4

Höchste Preise
zahlt für
alte Gebisse (auch zerbrochene und Einzelzähne)
Berliner Zahn-Einkaufskontor.
Berlin SO 16, Michaelkirchstr. 34, II.
Ecke Cöpenicker Straße. Tel.: Mpl. 11756.
Geöffnet 8° morg. bis 8° abds. 56/9

Gute **Antiquitäten**
An- und Verkauf
ALTKUNST
G. m. b. H.
Wilhelmstr. 40 A.

Juwelen **Perlen**
An- und Verkauf
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstraße 9
Tauentzienstr. 13 A.

Platin höchsten Preis
Brennstifte, Goldbruch und Silberbruch
Gebisse Zahn 17,00 M.
kauft **Linke** Blücherstraße 40 Port. 2, II, 9—7 Uhr.

Warnung! Bruchsilber!
Verkaufen Sie Ihr Bruch-Gold u. -Silber, sowie Platin nicht — bevor Sie den richtigen Preis bei
H. Wiese, Artilleriestraße 30,
erfahren haben, denn der Weg ist sehr lohnend!

Bekanntmachung.

1. Es entfallen auf den Abschnitt X 24 der Einfuhrzusatzkarte der Stadt Berlin
½ Pfd. amerikanisches Zerealmehl
zum Preise von 70 Pf. je Pfund
und auf den Abschnitt 112 der allgemeinen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin
125 Gramm Gerstenfabrikate
(Graupen zum Preise von 71 Pf. je Pfund, Grütze zum Preise von 73 Pf. je Pfund, Flocken zum Preise von 75 Pf. je Pfund)
2. Unter Ausschluß nachträglicher Annahme sind die Anmeldeabschnitte vom Dienstag, den 24. bis Freitag, den 27. Februar 1920 bei den Kleinhändlern abzugeben.
3. Die Kleinhändler haben die Anmeldeabschnitte zu den oben aufgerufenen Nummern bei den Großhändlern am Sonnabend, den 28. Februar 1920 abzuliefern.
4. Nicht abgeholte Ware verfällt mit dem 28. März 1920.
Berlin, den 21. Februar 1920.
Magistrat.
Abteilung für Nährmittel.
Tgb.-Nr. 6005 NM.

Ankauf
von allen **edlen und unedlen Metallen**
Gegr. 1903 **Metallkontor** Gegr. 1903
W. John
Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 138
(Hallesches Tor).
Telephon: Moritzplatz 12858.
Geöffnet werktäglich 9—4 Uhr.
Postwertsendungen werden gewissenhaft und prompt erledigt.
Näheres im Sonntagsinserat.

Allerhöchste Preise? — Ja!
Sofortige Abnahme? — Ja!
Sofort Geld? — Ja!
Abkochen? Verluste? — Nein!
Polonäse? Grippe? — Nein!
Also verkaufen Sie am besten bei mir Ihr
Platin!
Alte Gebisse!
Mindestpreis pro Platinzahn M. 20.-
Besser verarb. Zähne, Brennstifte usw. nur nach Gewicht
Ankauf: Berlin W, Krausenstr. 56-58, Zimmer ... part.
Täglich 10—6 Uhr. Vogler, Berlin

Sie haben einen Vogel
abgeschossen, wenn Sie Ihre
Metallabfälle und Alteisen
nur an mich verkaufen. Zahle über den in den Tageszeitungen höchstinserierten Preis. Höchste Annonce mitbringen.
Eisen- u. Metallgroßh. Willy Seydlitz
Hauptgeschäft:
Neukölln, Liberdastr. 4. Tel.: 9405.
Zweigstellen:
Hermannpl. 4, Böhmische Str. 36 (a. Richardpl.)
Berlin, Schönhauser Allee 151.
Größere Posten werden abgeholt.
Post- u. Bahnsendungen werden prompt erledigt

Brillanten Perlen Juwelen kauft zu hohen Preisen
Ballichansky, Friedrichstr. 155, Hochpt., Ecke Unter den Linden, gegenüb. b. Viktoria-Café. Zentr. 1660

Metall-Ankaufsstelle
Stallschreiberstraße 50-51
zahlt für

Kupfer	per Kilo	**25.00 Mk.**
Messing		**14.50 „**
Blei		**9.50 „**
Zink		**8.00 „**

Geöffnet von 9—6 Uhr

Metalle bedeutende Preiserhöhung!
Platin! Zahngebisse, Zahn bis 75 Mark. Gold- u. Silbersachen! Münzen! Salpeters. Silber! Quecksilber! Kupfer! Rotguß! Messing! Nickel! Aluminium! Zinn! Stanniolpapier! Zink! Blei! Flaschenkapseln! Schriftblei, alle Metalle höchstzahlend.
Edelmetall-Einkaufsbureau. Weberstraße 3 — Alex. 4243. —

Alte Gebisse
auch zerbrochene, bis 3000 Mark.
Einzelne Platinstiftzähne von 18—150 Mark,
jedoch nicht unter 18 M. pro Zahn.
Platin-Brennstifte, Kontakte usw.
bis 280 Mark pro Gramm
Gold, Silber, Geräte, Schmucksachen und Juwelen kauft zu den höchsten Tagespreisen
täglich von 9 bis 7 Uhr abends
J. Herz, Fehrbelliner Straße 52,
Vorderhaus links parterre.
Sonnabend nur von 6 bis 8 Uhr abends.

Weinbrand Cognac Marke „Goldstück"

Jacob Stück Nachfolger Hanau a/M Cognacbrennereien

WL. 19

General-Vertreter: Vertriebsgesellschaft für Brennerei-Erzeugnisse m. b. H., Berlin W 9, Potsdamer Str. 23a. Telephon: Kurfürst 743.

Gold- und Silber-
bruch und sonstige Gegenstände kauft zu höchsten Tagespreisen
Silberzentrale
Gotzkowskyst. 13

Werkzeuge.
Ich kaufe größere Posten Werkzeuge, wie Bohrer, Fräser, Feilen, Reibahlen, Zangen für Holz- und Metallbearbeitung, sowie elektr. Installationsmaterial. — **Ing. Mayer, Wilmersdorf,** Berliner Straße 157. Uhland 9083.

Platin, Gold-, Silberbruch alte Zahngebisse,
Pl.-Zähne bis 40 M.
kauft
E. Hausdorf.
NO., Palisadenstr. 11, v. II.

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht,
kauft höchstzahlend
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstraße 10.
Tel. Lützow 1705 und 8818.

Kaufe jede Art Altmetall
zu den höchsten Preisen
Kupfer
Messing
Blei 958b*
Zink usw.
Bei Anruf: Moritzpl. 4347. Abholung gratis.
Zimmermann,
Alte Jakobstr. 56.

Spezialarzt
Dr. med. Hasché [*
Friedrichstr. 90, direkt am Stadtbahnh.
Spr. 10—1, 5—8. Sonnt. 11—1.
Harn- u. Blutuntersuchung

Münzen Gold Silber
kauft 25/16*
Ball, Münzenhandlung,
Berlin, Wilhelmstr. 47.

Bettnässen
Das bekannt vorzügliche und in seiner Wirkung hervorragende Mittel gegen dieses so lästige Leiden sind die bekannten
Pastillen gegen Bettnässen
Schachtel 4 M. p. Nachnahme. Erfolg d. Dankschreib. nachgew. Echt nur durch
Löwen-Apotheke, Regensburg C 108
zu beziehen. 188/7*

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie
Erläuterungen zum Erfurter Programm von
Karl Kautsky und **Bruno Schönlank**
Preis 50 Pf.

Ziehung 4. und 5. März

Rote Kreuz-Lotterie
Gesamtw. der Gewinne Mark:
Hauptgewinne:
100000
50000
10000
usw.
100 000 Lose — 3867 Gewinne
Lose zu 3,00 M. Porto und Liste 50 Pfg. extra
10 Lose in feiner Brieftasche **30 M.**

Ziehung 24., 25. u. 26. März

Beamten-Geld-Lotterie
Hauptgewinne von Mark:
100000
30000
10000
usw.
250 000 Lose — 10 833 Gewinne
Lose zu 3.30 M. Porto und Liste 50 Pfg. extra
10 Lose in feiner Brieftasche **33 M.**

Eine feine Brieftasche mit 5 Rote-Kreuz- und 4 Beamten-Losen 29 M. einschließlich Porto und 2 Listen.

Zigarren aus reinem Tabak

liefere ich an Verbraucher zu Engros-Preisen
und zwar:
Zigarren aus deutschem Tabak . . . . zu 68 u. 72 Pfg.
„ „ überseeischem Tabak . . . . zu 80, 85, 90, 100 „
Zigarillos „ „ „ . . . . zu 40, 45, 50 u. 60 „

ZIGARETTEN
alle bekannten deutschen Fabrikate, wie **Garbaty, Josetti, Jasmatzi, Massary, Wenesti usw., zu Originalfabrikpreisen.** Bei Bezug von 500 Stück einer Sorte 2 Prozent Rabatt.
Englische Zigaretten: Gold Flake 45, T. & B. 40, La Légia 35 Pfg.

RAUCHTABAK
Inländischer mit Rippen für lange Pfeife . . . . 18,— M. p. Pfund.
Ueberseeischer in 50-Gramm-Päckchen . . . . 4,— M. pro Päckchen

Versand nach außerhalb:
Zigarren nicht unter 100 Stück, Zigaretten nicht unter 500 Stück. Porto und Verpackung wird zum Selbstkostenpreis berechnet. Nicht Gefallendes nehme ich innerhalb einer angemessenen Frist zurück.

Gustav Haase Nchfg.
Bank- u. Lotteriegeschäft und Zigarrengroßhandlung.
Berlin NO 43, Neue Königstraße 86
Filiale: **Neanderstraße 38.**

Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung schon seit 50 Jahren.
Barthel
Bernauer Straße 54.

Spez.-Behandlg.
Haut-, Harn-, Unterleibsleiden und nervöse Schwäche. Schnelle, sichere Behandlg., möglichst ohne Berufsstörung. 19jähr. Praxis.
Kühn, Andreasstr. 75, Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Bhnh. Sprechst. 10-12, 5-7/8. Sonnt. geschlossen.

Messing,
Kupfer, Zinn, Zink, Blei, sowie sämtl. Alt- und Edelmetalle kauft höchstzahlend **Metall-Einkaufszentrale,** Kottbuser Damm 66. Mpl 12580.

Kupfer bis 28,80
Messing „ 18,00
Blei „ 10,00
Reinzinn „ 80,—
pro Kilo, bei größeren Posten **noch höher,** zahlt nur
Metallschmelze,
Prinzessinnenstr. 17,
geb. Wertheim (Moritzp.)

Hautjucken
Krätze, besonders nachts, beseitigt schnell und dauernd auch in veralteten Fällen **Apotheker Dr. Uecker's bewährtes Mittel,** nicht schmierend, keine Berufsstörung. 1 Packung meist für eine Person ausreich. **M. 5,50.** Diskrete Zusend. ohne Angabe der Firma durch die Apotheke zum Goldenen Adler, Berlin 266 **Alexandrinenstraße 41.** Gegr. im Jahre 1586. Zweitälteste Apotheke Berlins.

Schokoladenmehl
Kaffee — Tee
Weiße Bohnen
Reis
Bananenmehl
Tabak
Zigaretten
Zigarren
Liköre
En gros. Detail
F. P. A. Kauffmann,
Berlin S 14,
Wallstraße 55/56.

Kupfer kg bis **24,00** M.
Messing „ „ **14,00** „
Zink „ „ **8,00** „
Blei „ „ **9,00** „
Rotguß „ „ **22,00** „
kauft gegen Kasse
Tasche, Belle-Alliancestr. 98.
Wilmersdorf, Bernhardstr. 15c.

Schreibmaschine
„Adler" od. „Continental" m. sichtb. Schr. sof. z. k. gef. **Loewe,** Johann-Georg-Str. 24, part.

Vorzgl. haltbar getrockneten
Weißkohl (Kappus)
besser als Frischkohl (1 Pfd. Trockenkohl entspricht 14 bis 16 Pfd. Frischkohl), 10-Pfd.-Postbeutel M. 17,95 portofrei, Kisten, 100 Pfd. netto, M. 180, einschließl. Kisten ab Fabrik unter Nachnahme liefern
Holsatiawerke Nortorf Holst.

Metallschmelze
Christionat
Reichenberger Str. 22
(Kottbuser Tor) [*
zahlt höchste Preise für **Kupfer, Messing, Zinn, Zahngebisse, Gold, Silber, Platin, Quecksilber, usw.**

Kupfer 25,00
Messing . . 14,50
Blei 9,00
Zink 7,00
Quecksilber . 150,00
„Metalleinkauf"
Schulzendorfer Str. 2

Angestellte
größerer Betriebe erzielen hohe Einnahmen mit treffliche Artikel. Offerten **SW 20, Hauptpostamt Schöneberg.** 149/13e

Zigaretten
Pro Mille von M. 120,— an
Zigarren 100 Stück Mark 70,— an
Beste Bezugsquelle f. Gastwirte
L. Manheimer, Berlin,
Bergmannstr. 1 (a. Kreuzberg)

Blei! Zinn! Weißme all!
alle Legierung, jede Menge, zu höchsten Tagespreisen kauft **Edelmetall - Einkaufsbureau.** Siebert ehe [illegible] (Tel. 4243).

Möbel,
Teppiche, Gardinen, Kronen, Dekorations- u. Wirtschaftsgegenstände, auch Kleidungsstücke u. Bettwäsche kauft höchstzahlend
Althandlung Bärwaldstr. 48.
Schriftl. Angebote werden prompt erledigt.

Giftfreie naturgemäße Behandlung
von **Haut-, Harn-** und **Unterleibsleiden,** ohne Berufsstörung. Aufklärende, belehrende Broschüre für 1 Mk. portofrei in verschlossenem Umschlag ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann,
Berlin 11, Potsdamer Straße 123 B.
Sprechzeit: 9—11, 2—4, Sonntags 10—11.

Spezial-Behandlung
v. Haut-, Harn-, Unterleibsleiden, nervöser Schwäche. **Größte Heilerfolge!** Besonders f. Kranke, welche anderwärts **nicht** ausgeheilt worden sind. **Blutuntersuchung. Höhensonne-Bestrahlg.** Ärztl. gel. Heilanstalt **Elsasserstr. 42** I, Ecke Friedrichstr. Spr.: Dir. **HERMANNS** 10—12, 4—7, Sonnt 12—1

Dr. med. Hollaender
Spezialarzt
Aufklärende Broschüre Nr. X.
2,80 M. gegen Nachnahme.
Berlin, Leipziger Str. 108 } täglich 11—1, 5—7 Uhr.
Hamburg, Kolonnaden 26 } Sonntags 11—1 Uhr.
Frankfurt a. Main, Bethmannstr. 56.

Zähne v. **4** M. an. **Teilzahlung. Kronen** 18 M. Plomben 1,50. **Zahnziehen mit Einspr. höchst schmerzlind.** Umarb. schlechts. Gebisse. Rep. Zahnarzt **Wolff** sof. Potsdamer Str. 88, Hochb. Sprechz 9-7.*

PLATIN
stets zu **höchsten** Tagespreisen.
Gold, Silber in Bruch, in Barren
Brennspitzen, Platinkontakte, Zahngebisse, Quecksilber
kauft höchstzahlend
Adolf Friedländer, Berlin,
Kommandantenstr. 29, 1 rechts.

Prozesse, Rat, Beistand, mäßige Preise. Teilzahlung, Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Steuern, Gnadengesuche.
Landgerichtsrat Dr. v. **Kirchbach, Gesellschaft m. b. H., Alexanderstraße 45** (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz) (9—7) Glänz. Erfolge. Beobachte. Sonnt. 10 *

Elektro-Motoren
samt Zubehör kauft laufend zu Tagespreisen. Unterhalte bedeutendes Lager.
Ing.-Büro Theo Boeser
Berlin W 30, Stübbenstr. 3
*) Tel. Lützow 8760.

1 Gramm 10 Pf.
zahlt für
Frauenhaar
jetzt 961b
Haarhandlung
Neukölln, Hermannplatz 9, I.

Stellenangebote

Stadtratsstelle.

Beim hiesigen Magistrat ist die Stelle eines
besoldeten Stadtrats
sofort zu besetzen. Die Wahl erfolgt auf 12 Jahre. Der zu Wählende muß die Befähigung für das Richteramt oder den höheren Verwaltungsdienst nachweisen. Nebenämter, mit welchen ein Einkommen verbunden ist, dürfen ohne Genehmigung der städtischen Körperschaften nicht übernommen werden.

Das Jahresgrundgehalt beträgt 6000 M. Nach Ablauf von je drei Jahren erhöht sich das eine um 600 M. bis zum Höchstbetrage von 9600 M., daneben wird ein Wohnungsgeldzuschuß von 800 M. gewährt, für Unverheiratete ⅔ dieses Betrages; außerdem die Teuerungszulagen nach staatlichen Grundsätzen.

Es wird vorbehalten, bei der Gehaltsfestsetzung anderweit verbrachte Dienstzeit ganz oder zum Teil zur Anrechnung zu bringen.

Für die Berechnung des Ruhegehalts finden die für unmittelbare Staatsbeamte geltenden Grundsätze Anwendung, sofern das nach § 65 der St. O. vom 30. Mai 1853 oder nach § 14 K. u. G. vom 30. Juli 1899 zustehende Ruhegehalt nicht höher ist. Frühere Dienstzeit kann bei der Ruhegehaltsberechnung gemäß Ortssatzung angerechnet werden.

Die Versorgung der Hinterbliebenen geschieht nach den Bestimmungen für die unmittelbaren Staatsbeamten mit der Maßgabe, daß als Höchstbetrag des Witwengeldes die Summe von 2500 M. gewährt wird.

Geeignete Bewerber wollen Lebenslauf und Zeugnisse bis zum 5. März 1920 an den Unterzeichneten einreichen.

Frankfurt a. O., den 21. Februar 1920.
Der Stadtverordneten-Vorsteher. 56/16

Tüchtiger Horizontalbohrer
für **Präzisions-Werkzeugmaschinenteile und Vorrichtungen von Berliner Fabrik gesucht.** Einem tüchtigen Arbeiter wird Dauerstellung bei guter Bezahlung geboten. Angebote unter Angabe der bisherigen Tätigkeit bei den einzelnen Firmen sind zu richten unter **P. 48** an die Hauptexpedition des „Vorwärts".

Tüchtiger Schwarzblech-Klempner
aus der Beleuchtungsbranche stellen sofort ein
Erich & Graetz, Berlin SO 36, Elsenstr. 90/98.

Arbeitersekretär bezw. Gewerkschaftssekretär
gesucht.
Für das Arbeitersekretariat Stuttgart wird zu möglichst baldigem Eintritt ein 227/2*
tüchtiger, erfahrener Arbeitersekretär, eventuell ein Gewerkschaftssekretär
gesucht. Letzterer müßte auch imstande sein, die Arbeitersekretäre bei Ferien und sonstigen Verhinderungen zu vertreten. Bewerber um die Stelle eines Gewerkschaftssekretärs müssen ihren Bewerbungen eine Probearbeit über: **die Aufgaben eines Gewerkschaftssekretärs** beifügen.
Bewerbungen mit der Angabe über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und des frühesten möglichen Eintrittstermins sind bis spätestens den 8. März an **Hermann Haarer, Stuttgart, Nadlerstr. 4,** zu richten. 227/2*
Vereinigte Gewerkschaften Stuttgart.

Schweizerdegen
Papierkenner, der imstande ist, wirklich selbständig zu arbeiten, für Hausdruckerei per 1. 3. 20 gesucht. Ausführliche Angebote unter **R. 48** an die Expedition dieses Blattes.

Jüngerer, tüchtiger
Kunstformer
auf größere Bronzen, Figuren usw. in Dauerstellung
gesucht.
Meldungen an 56/12
Franz Schmitz & Co., Bronzebildgießerei, Klein-Tschansch 9 bei Breslau.

Tüchtig. Betriebsleiter
für **Elektro-Kleinmotorenbau** und Reparaturen gesucht. 187/3*
Ausführliche Angebote mit Lichtbild unter **K. B. 1357** an die Annoncen-Expedition **M. Dukes Nachf. A.-G., Wien I, Wollzeile 16.**

Tüchtige Dreher
mit **großen Erfahrungen im Werkzeugmaschinenbau**
sowie
tüchtige Vertikalbohrer
für **Präzisionsarbeit gesucht.** Angebote mit Angabe der Dauer der Tätigkeit bei den einzelnen Firmen erbeten unter **N. 48** an die Hauptexpedition des „Vorwärts".

Erfahrener Wickelmeister
für Elektro-Kleinmotoren
wird sofort aufgenommen. Ausführliche Angebote mit Lichtbild unter **K. B. 1387** an die Annoncen-Expedition **M. Dukes Nachf., Wien I,** Wollzeile 16.

Ein Hemdenzuschneider
und
ein Kragenzuschneider
für Schweden gesucht. Tüchtige Leute im Alter von 25 bis 30 Jahren wollen Photo, Referenzen und Lebenslauf einreichen unter **„Zukunft 350"** an die Annoncen-Expedition **Hugo Krang, Gothenburg,** Schweden. 56/8

Drücker und Polierer
sofort verlangt **Auerlicht Ges. m. b. H., Kom.-Ges., Abteilung Gaes, Berlin,** Reanderstr. 4. 56/18

Röntgenglasbläser
tüchtig eingearbeitet, mit mehrjährigen Erfahrungen, sofort gesucht. **Volt A.-G.,** Sophienstr. 14/15. 56/11

Werkzeugmaschinenfabrik
sucht ältere. Modelltischler für Kontrolle und Instandhaltung der Modelle. Off. T. R. 27-3 an **Rud. Mosse,** Rathenower Str. 8.

Ungelernte Arbeiter
stellt ein **Henri Bolette,** SW, Schöneberger Str. 16.

Junge Damen
mit schöner Handschrift im Alter von 15-16 Jahren, welche gut rechnen können, als Lehrkassiererinnen sofort gesucht.
Meldungen in unserer Personal-Verwaltung, III. Stock.
Kaufhaus des Westens
G. m. b. H.
BERLIN W 50,
Tauentzienstr. 21/24.

Kontoristin
für einfache Bureauarbeiten wird sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter **Sagerfarte 185, Postamt 53.**

Hosenträgerstepperinnen
in und außer dem Hause verlangen
Isler & Schneemann,
Hosenträgerfabrik, 56/12
Spandauer Straße 19.

Vielseitig gebildete 996b
Sekretärin,
als **Organisatorin** bewährt, **französisch u. engl.** in Wort u. Schrift wie ihre Muttersprache beherrschend, **perf. engl. Stenographin, geübte Maschinenschreiberin, kaufm. geschult,** sucht nach 6jähr. Tätigkeit in England geeignete Beschäftig. Angebote erbeten unter **S. 48** Hauptexped. des „Vorwärts".

Notschrei der Saarbrücker Stadtverordneten

Unter diesem Titel veröffentlicht die „Saarbrücker Zeitung" ihre Betrachtungen über die Stadtverordnetensitzung:

„Das Saargebiet soll nicht zur Ruhe kommen, so sehr es sich sehnt nach Ruhe und Frieden. Es kämpft um seine wirtschaftliche Existenz, es ringt nach den Rechten, die der Versailler Vertrag ihm garantiert. Dem „Wohlergehen und den Rechten der Bevölkerung des Saargebiets" sind besondere Bestimmungen in diesem Vertrag gewidmet. Diesem Wohlergehen, diesen Rechten gilt das Sehnen der Bevölkerung nun reichlich ein halbes Jahr. Wer gibt sie uns, wer wehrt sie uns? Noch lastet die Sorge um unseres Lebens Nahrung auf uns, noch braiten die Schatten des Ausverkaufs und der Aushungerung, noch blutet die Wunde der Abtrennung vom deutschen Vaterland, der letzte Notschrei in unserer Not des Leibes und des Lebens ist noch nicht verhallt — und schon gellt ein neuer Notschrei durch das Land: Helft uns! Wieder sind es die Saarbrücker Stadtverordneten, die in der Stunde höchster Not ihren Ruf erheben, um die Interessen des Saargebiets und seiner Bevölkerung zu vertreten. Und diese Interessen, das Wohlergehen der Saarbevölkerung ist aufs ernstete gefährdet durch die neuen Kohlenpreise, die die derzeitige Grubenverwaltung fordert. Wer auch nur annähernd zu beurteilen weiß, welche Zusammenhänge zwischen Saarkohle und Saarindustrie bestehen, der versteht die katastrophale Wirkung, die eine rekordartige Erhöhung der Preise für Saarkohle herbeiführen muß für unser gesamtes Wirtschaftsleben."

Wie aus dem Bericht der Zeitung zu ersehen ist, stellen die neuen Kohlenpreise das 27½fache der Preise im Jahre 1914 und das 14fache der letzten Januarpreise dar. Ein Waggon Kohle kostete vor dem Kriege 146 M., jetzt 3840 M. Koks vor dem Kriege 180 M., heute 5520 M. Gründe für diese Preiserhöhung kennt niemand, alle Unterlagen fehlen. Mit Recht wurde deshalb in der Stadtverordnetensitzung angedeutet, ob hier nicht ein Fall unberechtigter Preissteigerung vorliege.

Die Preissteigerung muß einen völligen Zusammenbruch der Stadt Saarbrücken bringen als Begründerin und wirtschaftliche Führerin der Gas- und Elektrizitätsvertriebsgesellschaft. Durch einen langfristigen Vertrag mit dem preußischen Bergfiskus war sie die Alleinbesitzerin und Vertreterin der elektrischen und Gasenergien der Saargruben, Alleinberechtigte für die Weiterleitung des Gas- und Stromnetzes im Bereich der Saargruben. Unabhängige Gas- und Elektrizitätsanlagen herzustellen würde Milliarden kosten. Die Aufhebung dieses Vertrages durch den neuen Bergfiskus bedeutet also Vernichtung des „Wohlergehens der Bevölkerung", zu dessen Aufrechterhaltung sich alle Vertragschließenden in Versailles feierlich verpflichtet hatten.

Der Artikel erinnert sodann daran, daß dem Regierungsausschuß vom Völkerbund das Wohl der Bevölkerung zu treuen Händen übertragen wurde. Nun müsse er beweisen, wie er seine Aufgabe, das Wohl der Bevölkerung zu hüten, zu erfüllen gedenke. Die Saarbevölkerung erwarte eine Entscheidung nach dem Buchstaben des Friedensvertrages durch die Kommission, als Vertreterin des Völkerbundes, des Bundes für Völker-, Staats- und Menschenrechte. Stadtverordneter Muth erklärte in der Sitzung, man müsse so laut als möglich schreien: Hier sind wir angelangt, es geht nicht mehr weiter. Das Entscheidende ist der Ort, an dem wir uns befinden.

Oberbürgermeister Klein riß eine neue Wunde, als er mitteilte, daß die Entscheidung über die Einführung der Frankenwährung gefallen sei. Dadurch gingen Millionenwerte verloren. Die „Saarbrücker Zeitung" bemerkt dazu: „Also auch dieser Wermutstropfen noch im Leidenskelch der Saarbevölkerung! Der Kampf der Saarbevölkerung um die notwendigsten Lebensbedingungen wird schwerer mit jedem Tag. Woher kommt uns Hilfe? Im Osten schnüren die Zollgrenzen uns den Lebensnerv ab, im Westen die Valutagrenzen, und was dazwischen liegt, wird von der verbrecherischen Valutaspekulation langsam, aber sicher erdrosselt."

Die Frankenwährung könne keine Rettung bringen, sondern allein in der Beibehaltung der Markwährung liege die wirtschaftliche Sicherheit. Stadtverordneter Olmert bezweifelte in der Sitzung, ob Frankreich das Recht zustehe, die Frankenwährung willkürlich einzuführen, der Friedensvertrag bestimme nur, daß dem Umlauf des Franken keine Schwierigkeiten gemacht würden. Werde der Bergfiskus die Arbeiter in Frank bezahlen, so würde das eine geradezu katastrophale Wirkung für alle anderen Bewohner nach sich ziehen. 150 bis 200 000 Menschen wären rettungslos dem Untergang preisgegeben. Das könne niemand zugeben, der auf dem Boden von Recht und Gerechtigkeit stehe. In der Währungsfrage dürfe die Bevölkerung nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Auch hier müsse die Kommission der Anwalt des Rechts und der Bevölkerung werden. „Dem Völkerbund muß klargemacht werden, was wir fühlen," sagt die Zeitung. Sie hofft, daß auch dieser Notruf der Saarbrücker Stadtväter überall gehört werde. Dazu müsse die Abordnung beitragen, deren Absendung beschlossen wurde, und die in Paris und an allen Orten und Stellen, die berufen sind, über das Schicksal des Saargebiets zu entscheiden, mündlich und schriftlich die Unterlagen vorlegen und die Stellungnahme der Saarbevölkerung auf Grund der ihr verbrieften Rechte klarstellen soll.

Die Einreisebestimmungen für Oberschlesien. Nach Mitteilung der französischen Regierung bedarf es zur Einreise nach Oberschlesien während der Dauer der Verwaltung durch die Interalliierte Kommission (Anl. zu Art. 88, § 2 ff.) eines Passes, der mit einem französischen Visum versehen sein muß. Das Visum wird in Deutschland zunächst durch die Kanzlei des französischen Geschäftsträgers in Berlin und nach Errichtung der französischen Konsulate auch durch diese erteilt.

Eisenbahner aus der Schutzhaft entlassen. Die Eisenbahner, die vor sechs Wochen bei der Bewegung der Frankfurter Eisenbahner in Schutzhaft genommen wurden, sind heute aus dieser wieder entlassen.

Für solches Gesindel! Wehmütig berichtet die „Deutsche Zeitung" über den Mißerfolg einer Sammlung, die von der Jerusalemsgemeinde veranstaltet wurde, um den Kriegsgefallenen der Gemeinde ein würdiges Denkmal zu setzen. Es sei oft betrübend und recht beschämend gewesen, daß ein Dienstmädchen eine Mark, ein Hauswirt dagegen nur 50 Pf. gab. In manchen Häusern des durchschnittlich wohlhabenden Stadtteils sei überhaupt nicht ein Pfennig gezeichnet worden. Ihren Tränenerguß schließt die „Deutsche Zeitung" mit den entrüsteten Ausruf: „Und für solches Gesindel haben unsere Kameraden sterben müssen!" Die Hausbesitzer der Friedrichstadt dürften kaum der „vaterlandslosen" Sozialdemokratie angehören. Sie werden wohl ziemlich alle stramm deutschnational gesinnt sein. „Und für solches Gesindel haben unsere Kameraden sterben müssen!" — sagt ein deutschnationales Blatt.

Millerand ist schon wieder nach London gefahren.

Ein neues serbisches Kabinett ist gebildet worden. Der Premierminister heißt Protitsch.

Preußische Landesversammlung.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Dem Gemeindeausschuß überwiesen werden Gesetzentwürfe über Errichtung von Ortsgerichten für Unterliederbach, Sindlingen und Zeilsheim, sowie über eine einstweilige Ermächtigung des Provinzialausschusses in Düsseldorf und des Landesausschusses in Wiesbaden zur Wahrnehmung der Zuständigkeiten des bisherigen Provinziallandtages. Der Gesetzentwurf über Aenderung der Amtsgerichtsbezirke Hohenlimburg und Schwerte wird in zwei Beratungen angenommen. Nunmehr folgt die Beratung der Anträge Dr. Friedberg (Dem.) und Conradt (Dnat. Vp.) über die Verordnung des Ministers für Volkswohlfahrt zur Festsetzung von Höchstmieten vom 9. Dezember 1919. Die Anträge verlangen die Nachprüfung der Verordnung durch die Landesversammlung.

Abg. Dr. **Ruer** (Dem.) begründet den demokratischen Antrag: Angesichts der jetzigen Lage halten wir Verordnungen zum Schutz der Mieter für nötig, aber im Interesse aller Beteiligten muß die Landesversammlung an der Entscheidung mitwirken.

Abg. **Conradt** (Dnat. Vp.) begründet den Antrag seiner Partei. Recht und Gerechtigkeit müssen nach beiden Seiten hin walten, den Hausbesitzern gegenüber vermissen wir die Gerechtigkeit.

Minister für Volkswohlfahrt **Stegerwald:** Die Wohnungsnot hat einen Umfang erreicht, wie ihn die Geschichte in Deutschland und Preußen noch nie gekannt hat. In Berlin sind zurzeit allein 80 000 Haushaltungen wohnungslos, in Köln 6000 und so weiter. Während des Krieges hat der Wohnungsbau vollständig brach gelegen. Heute sind in Preußen etwa eine Million Familien wohnungslos, so daß jede fünfzehnte Familie ohne Wohnung ist. Es ist ausgeschlossen, daß wir dem Wohnungsmangel in absehbarer Zeit wesentlich begegnen könnten, zumal wir die vorhandenen Baustoffe zum großen Teil an Frankreich werden abgeben müssen. Das Wohnungswesen dürfen wir weder dem Zufall noch dem freien Spiel der Kräfte überlassen. (Beifall.) Der Minister gibt hierauf eine Statistik der Wohnungssteigerungen für einzelne Städte, woraus sich ergibt, daß in einzelnen Orten eine Steigerung bis auf 100 Proz. stattgefunden hat. Für Berlin liegen Unterschiede in den Steigerungen bis zu 80 Proz. vor. Es ist sogar vorgekommen, daß eine Dreizimmerwohnung monatlich zu 800 M. vermietet worden ist. Meine Verordnung wollte den Ungleichheiten ein Ende machen. Selbst die Hausbesitzer haben anerkannt, daß die Rechtsprechung der Einigungsämter schwankend ist. Dem Mietswucher gegenüber läßt sich schwer etwas machen, weil juristisch der Tatbestand des Gewerbs- und Gewohnheitsmäßigen fehlt. Darum konnte die Staatsanwaltschaft eine große Zahl von Fällen nicht verfolgen. Die Mieterschutzverordnungen haben keine feste Grundlage gegeben. In demselben Wirtschaftsgebiet haben sich ganz verschiedene Preisverhältnisse herausgestellt. Um den Verkauf an Ausländer zu ermöglichen, werden auf dem Grundstücksmarkt große Schiebungen vorgenommen. Es ist festgestellt, daß überall da, wo hohe Mietsteigerungen zugelassen sind, der Grundstückshandel im Steigen begriffen ist. (Hört, hört!) Ueberall dagegen, wo Höchstmieten festgesetzt sind, finden wir diese Erscheinung nicht. (Der Minister führt entsprechende Zahlen an.) Es ist ausgeschlossen, daß der Staat diesen Dingen ruhig zusieht. Mit Bolschewismus, Kommunismus und Diktatur hat die Verordnung gar nichts zu tun. Fast alle europäischen Länder haben Mieterschutzverordnungen, und die preußische ist die mildeste.

In England, Frankreich und Dänemark

bestehen viel schärfere Verordnungen. In England darf bis zu sechs Monaten nach Beendigung des Krieges überhaupt keine Steigerung vorgenommen werden und weiterhin nur auf höchstens 10 Prozent, wenn das örtliche Gesundheitsamt nachweist, daß die Wohnung bewohnbar ist. Im Auslande versteht man nicht, wie gegen eine Verordnung Sturm gelaufen wird, die milder ist als die ausländischen. Wir überlassen es sogar den kommunalen Aufsichtsbehörden, unter Umständen höhere Sätze zuzulassen, und zum Teil, wie in Breslau, sind auch bereits 25 Proz. zugelassen. Es sind Vorarbeiten im Gange, um von Reichs wegen Höchstmieten festzusetzen. Die Hausbesitzer haben meine Stellung erschüttern wollen. **Ginge es nach ihrem Willen, so würden bald 95 Proz. der preußischen Bevölkerung verbluten und verkümmern.** Der Grundbesitz darf nicht in die Valutaspekulation einbezogen werden. Ich konnte der Entwicklung nicht tatenlos zusehen, sondern mußte handeln. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Brandenburg** (Soz.): Die Wohnungsnot ist vor allem auch darauf zurückzuführen, daß viele Wohnungen verfallen und nicht bewohnbar sind. Als Ersatz für diese Mängel sind die Wohnungen teurer und immer teurer geworden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Bei der Mietsteigerung sind die Vermieter ganz unverfroren. Die Zahl der Hauswirte, die Reparaturen vornehmen lassen, ist ganz gering. Die Mieteinigungsämter sind ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden und haben das Vertrauen der Mieter nicht erworben. Sie haben häufig nur die Interessen der Hausbesitzer vertreten. Die Käufer von Häusern sind meist Kriegsgewinnler und der Kaufpreis übersteigt bei weitem den Wert. Die Folge ist natürlich eine Mietsteigerung, um die Zinsen herauszuwirtschaften. In kurzer Zeit haben die Mieterorganisationen ihren Mitgliederstand von 500 000 auf fünfviertel Millionen erhöht. (Hört, hört!) Die Hausbesitzer wollen nur die Möglichkeit zur Ausnutzung der Konjunktur haben. Nach einer Meldung der „Neuen Berliner Mittagszeitung" steigerte ein Berliner Hauswirt den Zins einer Wohnung von 2100 M. auf 3600 M. im Jahre, und nach weiteren 10 Minuten auf 4000 M. (Hört, hört!) Ich beantrage, daß die Verordnung der Landesversammlung nicht zur Nachprüfung, sondern zur Kenntnisnahme vorgelegt werde, und zwar beantrage ich namentliche Abstimmung, damit wir wissen, wer die Volksaussaugung unterstützt. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Beyer**-Oberschlesien (Z.): Wir haben kein Recht zur Nachprüfung oder Abänderung der Verordnung.

Abg. **Klodt**-Adlershof (U. Soz.): Die Verordnung entspricht dem Gerechtigkeitsempfinden der weitesten Volkskreise.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 12 Uhr. (Kleine Anfragen, Weiterberatung, Notlage der Altpensionäre.)

Schluß 5½ Uhr.

Wirtschaft.

Schuhe III.

Zur Beratung war dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß am 23. Juli folgender Antrag vorgelegt:

1. die Einfuhr von Häuten, Fellen, Leder, Gerbstoffen, Schuhen und sonstigen Lederwaren ist freizugeben, desgleichen die Ausfuhr von Leder, Schuhen und Lederwaren. Bis auf weiteres ist die Einfuhr von Schuhen auf Gebrauchsschuhwerk zu beschränken. Derberes Schuhwerk darf nicht ausgeführt werden;

2. die Zwangsbewirtschaftung für Häute, Felle, Leder, Gerbstoffe, Schuhe und sonstige Lederwaren ist aufzuheben, soweit in diesen Beschlüssen nicht anderes bestimmt ist;

3. die an der Lederzwangswirtschaft Beteiligten Wirtschaftskreise haben von dem sich ergebenden Konjunkturgewinn 60 v. H. zur Verbilligung des Schuhzeuges der minderbemittelten Bevölkerung abzuführen;

In den Besprechungen wurde ausgeführt: Wollen wir Rohprodukte einführen und unsere Industrie und den darin beschäftigten Arbeitern Beschäftigung geben, oder wollen wir Fertigfabrikate hereinlassen und damit die inländische Lederindustrie, die nach der Produktionsstatistik die drittgrößte Industrie Deutschlands war, der Vernichtung preisgeben? Wirtschaftsminister Gen. Schmidt führte dann aus: Soweit ohne Gefährdung der Gesamtinteressen die Zwangswirtschaft aufgehoben werden kann oder eine Lockerung möglich ist, muß sie erfolgen. Der Auffassung, daß die Gerbstoffe ungehindert freigelassen werden, stimme er zu, die Aenderung wird sehr bald eintreten. Die Einfuhr von Fellen muß in jeder Weise gefördert werden. Damit schaffen wir für die Arbeiter eine vermehrte Beschäftigung sowohl in der Gerberei wie in der verarbeitenden Industrie.

Sehr bedenklich erscheint es allerdings, die plötzliche Erhöhung der Preise für Leder den Interessenten zukommen zu lassen, die die Rohhäute oder das Leder zu den bisherigen Höchstpreisen erstanden haben. Hier muß versucht werden, diese Konjunkturgewinne auszuschalten oder sie einem gemeinnützigen Zwecke dienstbar zu machen.

Ein Abgeordneter führte aus: Es ist hier gesagt worden, auch die Arbeiter kauften sich heutzutage Stiefel für 100 Mark. Zugegeben, daß dies vorkommt, daß hier und da ein Arbeiter seinen ganzen Wochenlohn und mehr opfert, um sich ein Paar Stiefel anzuschaffen. Wie aber wird es werden, wenn wir wieder freien Handel ohne Bezugsscheinzwang und „billige" Stiefel für 80 oder 90 Mark haben? Hunderttausend und mehr wohlhabende und reiche Familien lauern nur auf den Augenblick, wo sie alle ihre Familienmitglieder mit je einem halben oder ganzen Dutzend Paar Stiefeln eindecken, wo sie wieder einmal Stiefelzeug hamstern können. Da werden die Arbeiter das Zusehen haben.

Die Behauptung, daß bei Fortbestehen der Zwangswirtschaft keine Einfuhr von Häuten möglich sei, ist falsch. Das wurde von dem früheren Minister Wissell schon nachgewiesen.

Die eingangs erwähnten Anträge wurden angenommen, die freie Wirtschaft wurde eingeführt. Was sich aus der Freigabe ergeben hat, ist allgemein bekannt, weil es jeder an den Wirkungen merkt. Wir werden uns nun mit den Organisationen beschäftigen, die das freigelassene Leder für die Minderbemittelten wieder einzufangen haben. —astr.

Volkswirtschaftliches Verantwortungsgefühl.

Im „Berliner Tageblatt" schreibt der Handelsredakteur Dr. Pinner u. a. folgendes:

Das Ziel muß sein, die bei der Ausfuhr erlangten hohen Valutengewinne so zu verwenden, daß es durch sie möglich wird, die Inlandspreise niedrig zu halten oder doch an allzu jähem Steigen zu verhindern. Die Ausfuhrpreise sollen nicht den Magneten darstellen, der die Inlandspreise nach sich zieht, sondern sie sollen umgekehrt den Produzenten für einen Teil ihres Absatzes so gute Erträgnisse zuführen, daß sie befähigt werden, im Ausgleich einen anderen Teil ihrer Erzeugung dem Inlandskonsum billiger, als es sonst möglich wäre, zuzuführen. Aus dieser Erwägung heraus und aus ihr allein wäre es zu billigen, daß nur ein Teil der Exportgewinne in Form von Exportabgaben dem Reiche zugeführt wird, während ein anderer Teil der Industrie zum Zwecke der niedrigeren Preisstellung für den Inlandsabsatz belassen werden kann. Aber auch derjenige Teil, der in Form von Abgaben dem Reiche zufließt, soll nicht in den großen Topf der fiskalischen Einnahmen geworfen, sondern wirtschaftsproduktiven Zwecken zugeführt werden. Es ist ein glücklicher Gedanke des Reichswirtschaftsministeriums, die Erträge aus den Exportabgaben nicht unmittelbar zur Verbilligung von wichtigen Verbrauchswaren für die inländische Bevölkerung zu benutzen, sondern sie zur **Hebung der wirtschaftlichen Produktivität** und zur Steigerung der Produktion, besonders der für alles andere grundlegenden **Kohlenproduktion** zu verwenden. Denn hier erschließt sich ein natürlicher Weg zur Verbilligung der Inlandsware, während alle anderen Wege, auch der oben geschilderte Weg des Ausgleiches zwischen hohen Export- und niedrigen Inlandspreisen eine Abhilfe nur durch künstliche Mittel, durch eine schwierige und komplizierte Organisation ermöglichen.

Zur besseren Brennstoffversorgung gründen 35 thüringische Städte mit 400 000 M. eine G. m. b. H., welche südlich Bremen ein Torfmoor erwerben wird. Der Kaufpreis einschl. der Maschinenanlagen beträgt 800 000 M.

Die Hauptverwaltung der Reichsbetriebe hat, wie die „Frankf. Zeitung" erfährt, die **Pulverfabrik Plaue** für 60 Mill. Mark an das Reichsverkehrsministerium abgetreten. Es handelt sich um eine Anlage mit einem 18 Kilometer langen Eisenbahngleis und 50 Kilometer langen Straßen. Die künftige Reichseisenbahn will dort eine Wagenreparatur im großen einrichten.

Hamburg-Amerika-Linie hat den Schlepper- und Lastkahnbetrieb der Firma Quetgens u. Reimer für **100 Millionen Mark** erworben.

Das **deutsche Abflußrohrsyndikat** erhöhte seine Verkaufspreise um 1000 M. auf 4400 M. pro Tonne.

Hast Du den „Vorwärts" im Haus?

Diese Frage wird jedem vorgelegt, der sich pflichtgemäß um die öffentlichen politischen und wirtschaftlichen Vorgänge in Deutschland kümmern will. Sicherheit des Urteils, staatsbürgerliche Erkenntnis, Ergründung der tieferen wirtschaftlichen Zusammenhänge und Kenntnis der hohen Bedeutung einer vernünftigen Arbeiterpolitik für die Zukunft Deutschlands setzen eine sorgfältige Orientierung durch ausgewähltes publizistisches Material und dessen ernste Würdigung in sachlichen Artikeln voraus.

Das findest Du im „Vorwärts"!

Die Betriebsratswahlen stehen vor der Tür. In nicht zu ferner Zeit ist auf die Ausschreibung der Reichstagswahlen zu rechnen. Für diese Kämpfe muß jeder sein geistiges Rüstzeug im besten Maße vervollkommnen. Wer sich in seiner Zeit und Umgebung zurechtfinden will, muß sie verstehen. Wer sie am besten versteht, wird sie beherrschen. Der alte Ruf des „Vorwärts" als angesehenstes deutsches Arbeiterblatt ist volle Gewähr dafür, daß gerade er als Informationsorgan von höchstem Wert ist.

Die kleinen Leute in unserem Volke, ob Arbeiter oder Angestellter oder Mann aus dem kleinen Mittelstand, finden für die Vertretung ihrer Interessen kein geeigneteres Blatt als den „Vorwärts". Ihn zu abonnieren ist ein Gebot des Selbstschutzes! Wer darum den „Vorwärts" noch nicht als tägliche Lektüre im Hause hat,

der bestelle ihn sofort!

Folgender Zettel ist ausgefüllt an die Expedition des „Vorwärts", Berlin SW 68, Lindenstr. 3, zu senden.

Ich abonniere ab 1. März den „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus für 5,50 Mk. monatlich.

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende wollen beim Postamt ihres Wohnortes bestellen.

Name _____

Wohnung _____

_____ Straße Nr. _____

vorn — Seitenflügel — Quergebäude ——— Treppen.

Bei wem? _____

Die Betriebsratswahlen.

Betriebsräte-Schule

(im großen Saale des Wohlfahrtsministeriums, Leipziger Str. 3).

Es kommen zur Besprechung am

Dienstag, den 24. Februar, von 4—6 Uhr: Buchwald: Valutaprobleme; von 6—8 Uhr: Praktische Einführung in das Betriebsrätegesetz I. §§ 1—14, Allgem. Bestimmungen (Gesetz mitbring.).

Freitag, den 27. Februar, von 4—6 Uhr: Dr. Ing. zur Nedden: Inderziffern; von 6—8 Uhr: Buchwald: Valutaprobleme.

Dienstag, den 2. März, von 4—6 Uhr: Praktische Einführung in das Betriebsrätegesetz I; von 6—8 Uhr: desgleichen II.

Freitag, den 5. März, von 4—6 Uhr: Praktische Einführung in das Betriebsrätegesetz II; von 6—8 Uhr: desgleichen III.

Betriebsrätewahlen und Politik.

Die Anhänger des „revolutionären Rätesystems“, deren ganze Taktik von vornherein darauf gerichtet war, bei den Wahlen der Betriebsräte die Gewerkschaften auszuschalten und die Wahlen auf politischer Grundlage zu vollziehen, bemühen sich jetzt krampfhaft, die Anhänger der S. P. D. für das Hineinziehen der Politik in die Betriebsrätewahlen verantwortlich zu machen. Besonders die „Freiheit“ behauptet wiederholt, der erste Schritt wäre von seiten der S. P. D. erfolgt. Denn erst, nachdem diese ein Flugblatt herausgegeben habe, das die Aufstellung eigner Listen kundgab, hätte die U. S. P. auch ihrerseits die Aufstellung eigener Listen beschlossen. Die „Freiheit“ und ihre Hintermänner scheinen die Berliner Arbeiter für furchtbar dumm zu halten, wenn sie hoffen, für solche Märchen Gläubige zu finden. Die Aufrufe zur Aufstellung von „revolutionären“ Kandidatenlisten ergaben ganz klar, daß es sich hier um ein von langer Hand vorbereitetes Vorgehen handelt. Entscheidend ist aber folgendes:

Der Vollzugsrat der auf dem Boden der S. P. D. stehenden Arbeiterräte war wiederholt an die Gewerkschaftskommission herangetreten und hatte Verhandlungen mit beiden Parteien (S. P. D. und U. S. P.) vorgeschlagen, um die Aufstellung einheitlicher Gewerkschaftslisten unter Vermeidung von Parteilisten herbeizuführen. Die unabhängige Mehrheit der Gewerkschaftskommission lehnte nach vielem Hinzögern diesen Vorschlag ab, „da man um politische Wahlen doch nicht herumkomme“. Die Absicht ging zweifellos dahin, erst ihre eigenen Vorbereitungen zu Ende zu führen und uns so lange hinzuhalten, damit wir dann mit unseren Wahlarbeiten zu spät kommen und dementsprechend auf einen nennenswerten Erfolg nicht rechnen können. Diese schon häufig mit Erfolg angewendete Methode ist von uns diesmal vereitelt worden, und daher wohl auch der große Aerger auf der anderen Seite.

Daß die auf dem Boden der S. P. D. stehenden Gewerkschaftsmitglieder nicht ohne Sicherheiten den Berliner Gewerkschaftsleitungen die Aufstellung von Vorschlagslisten überlassen wollten, ist ganz selbstverständlich. Die Berliner Zahlstellen verschiedener Gewerkschaften sind durch die herrschenden Cliquen und ihre gegenwärtigen Leitungen zu reinen Filialen der unabhängig-kommunistischen Parteien gemacht. Es wäre also widersinnig gewesen, diesen Leuten das Vertrauen entgegenzubringen, daß sie die Betriebsrätewahlen von reinen gewerkschaftlichen Gesichtspunkten betreiben würden.

Der vom allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund vertretene Standpunkt, daß in die Betriebsräte nur Leute mit sachlichen Fähigkeiten gewählt werden sollen, wird von den Listen der S. P. D.-Anhänger konsequent durchgeführt werden. Unsere Kandidaten werden die Gewähr bieten, daß sie im gewerkschaftlichen Kampf erfahrene Vertreter sind, unter deren Tätigkeit die Betriebsräte kraftvolle Interessenvertretungen der Arbeitnehmer werden können. Wer nicht will, daß das Wohl der Arbeiter und Angestellten noch länger hin Phrasenhelden und Maulaufreißern ausgeliefert bleiben soll, der muß mit aller Kraft für den Sieg der Vorschlagslisten der S. P. D. bei den Betriebsrätewahlen sorgen.

Gewerkschaftsbewegung

Verleumder an der Arbeit.

Vom Deutschen Landarbeiterverband, Gau Brandenburg, wird uns geschrieben:

Wohl noch keiner Gewerkschaftstagung ist so viel Aufmerksamkeit gewidmet worden wie der des Deutschen Landarbeiterverbandes. Das ist begreiflich, waren es doch zirka dreiviertel Millionen Landarbeiter, welche auf diesem Kongreß vertreten waren. In der „Deutschen Tageszeitung“ leistete sich Herr Neuhaus aus Selchow, Kreis Teltow, u. a. folgende Betrachtungen:

„Die Löhne wurden auf das Dreifache hinaufgesetzt, der achtstündige Arbeitstag in der Landwirtschaft eingeführt (tatsächlich wurden nur 6 bis 7 Stunden auf dem Felde gearbeitet, denn An- und Abmarsch zur Arbeitsstelle mußten mitbezahlt werden und der landwirtschaftliche Arbeiter verlief hierbei mindestens zwei Stunden täglich im Schneckentempo). 150 Tage je 3 Arbeitsstunden gleich 450 Arbeitstage gingen im Sommerhalbjahr hierdurch der Landwirtschaft gegen früher verloren, statt am 15. Oktober mit der Gesamternte fertig zu sein, konnte die Kartoffel- und Rübenernte überhaupt erst zu diesem Termin begonnen werden. Ein Drittel der Rüben- und Kartoffelernte ist infolgedessen erfroren, die Winterung teils noch gar nicht, teils zu spät bestellt. Die Ernteaussichten für 1920 sind so traurig wie nie zuvor, weil die Bestellungsarbeiten für die Ernte 1920 nicht gemacht werden konnten.“

Herr Neuhaus ist dem Deutschen Landarbeiterverband genügend bekannt, er verfolgt den Zweck, die Landarbeiter resp. ihre Organisation in den Augen der Oeffentlichkeit herabzusetzen. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Es ist eine bewußte Unwahrheit, daß in der Landarbeiterschaft der achtstündige Arbeitstag eingeführt worden ist, denn nirgends in ganz Deutschland besteht laut Tarifverträgen die achtstündige Arbeitszeit; es ist vielmehr im Verhältnis zu den Jahreszeiten auch verschieden gearbeitet worden.

So wurde in den Wintermonaten (2 Monate) durchschnittlich 8 Stunden, in 3 bis 4 Monaten durchschnittlich 9 Stunden und in den 6 Sommermonaten im vorigen Jahre durchschnittlich 10 bis 11 Stunden täglich gearbeitet. Außerdem enthielt jeder Tarifvertrag einen Passus, wonach außer diesen festgelegten Stunden noch Ueberstunden gearbeitet werden müssen, wenn die wirtschaftliche Notlage des Betriebes es fordert. Auch bei der diesjährigen Verhandlung ist es dem Deutschen Landarbeiterverband und dessen Vertretern niemals eingefallen, den Achtstundentag bei den Verhandlungen zu fordern. Es trifft auch nicht zu, daß die Arbeiter zwei Stunden vom Hofe zur Arbeitsstelle gelaufen sind.

Wenn die Arbeitsstelle derartig weit entfernt ist, dann hat ein weitsichtiger und wirtschaftsfähiger Landwirt die Arbeiter per Wagen zum Arbeitsplatz befördert. Wenn nun Herr Neuhaus 450 Arbeitsstunden gleich 50 Arbeitstage herausrechnet, die angeblich im Sommerhalbjahr verlorengegangen sind, so trifft dies nicht zu, denn auch in Friedenszeiten ist in den meisten Kreisen im Sommer hier um Berlin nicht länger wie 10 Stunden bzw. 11 Stunden gearbeitet worden.

Daß durch diese angeblich verlorengegangenen Arbeitstage die Kartoffel- und Rübenernte nicht geborgen werden konnte, liegt zum größten Teil an den Besitzern selbst. Da, wo die Besitzer angemessene Löhne zahlten, haben sie auch ihre Hackfruchternte bergen können. Es ist bekannt, daß auf vielen Gütern, Arbeiter, die 5 Pf. mehr für den Korb Kartoffelnhacken forderten, von den Besitzern wegen dieser Forderung entlassen wurden. Auf diese Weise sind die Kartoffeln in der Erde geblieben. Am liebsten möchten die Landwirte den Deutschen Landarbeiterverband noch dafür verantwortlich machen, daß im vorigen Jahre schon im November Schnee und Frost einsetzte. Neben der „Deutschen Tages-Zeitung“ leistete sich auch die „Berliner Volkszeitung“ über die Tagung des Deutschen Landarbeiterverbandes folgende Betrachtung:

„Die Novemberrevolution von 1918 hat die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Landarbeiter von Grund auf geändert. Sie haben nicht nur höhere Löhne durchgesetzt, sondern auch den Achtstundentag.

Die Landarbeiter ihrerseits haben auch bedenkliche Ziele. Ihr Ideal ist, den landwirtschaftlichen Arbeitstag genau dem Arbeitstag der Industriearbeiter anzupassen, auf 2400 Stunden im Jahre. Diese Forderung durchzusetzen und anzunehmen ist ein Ding der Unmöglichkeit. Schon im letzten Wirtschaftsjahre sind infolge des Achtstundentages weite landwirtschaftliche Strecken unbebaut liegen geblieben.“

Die „Berliner Volkszeitung“ müßte jedenfalls wissen, daß die neue Landarbeitsordnung mit keinem Wort für die Landarbeiter den Achtstundentag enthält, und nach dieser Landarbeitsordnung ist im vergangenen Jahre zum größten Teile gearbeitet worden. In wenigen Kreisen nur ging die Arbeitszeit unter 2900 Stunden herab. Auch bei der „Berliner Volkszeitung“ scheint das Bestreben vorherrschend zu sein, die Landarbeiter in Mißkredit zu bringen.

Die Vertreter des Deutschen Landarbeiterverbandes wissen ganz genau, daß es zurzeit unmöglich ist, in der Landwirtschaft mit 2400 Arbeitsstunden auszukommen, da die technischen Vorbedingungen zu dieser kurzen Arbeitszeit vorläufig fehlen. Wenn die „Berliner Volkszeitung“ ihre ganze Weisheit in landwirtschaftlichen Angelegenheiten nur aus der „Deutschen Tageszeitung“ schöpft, so kann sie jedem wirklichen Kenner der Verhältnisse nur leid tun. Die Tatsache, daß die ganze Meute über die Landarbeiter herfällt, wird den Deutschen Landarbeiterverband von seiner Pflicht, für die Landarbeiter menschenwürdige Zustände zu erkämpfen, nicht abhalten können.

Drohender Ausstand in der Arznei- und Verbandsmittelversorgung.

Mit dem Berliner Apothekerverein, dem Arbeitgeberverein des chemischen Großhandels sowie dem Arbeitgeberverband der Verbandsmittelhersteller hatte der Deutsche Transportarbeiterverband, Chemische Branche, im Laufe des vorigen Jahres Tarifverträge getätigt. Diese Verträge wurden zum Jahresschluß bzw. zum 31. Januar 1920 ordnungsgemäß gekündigt. Schon im vorigen Jahre wurden die Verhandlungen durch die Unternehmer drei bis vier Monate hingeschleppt. Am 28. November 1919 wurde der Apothekenarbeitertarif gekündigt, und erst Mitte Januar 1920 konnten sich die Besitzer zu einer Verhandlung bequemen. Am 8. Februar teilten sie in einem lakonischen Schreiben mit, daß sie die Forderungen nicht bewilligen könnten. Nachdem kam die Angelegenheit vor den Schlichtungsausschuß. Es wurde ein einstimmiger Schiedsspruch gefällt, aber auch den Schiedsspruch lehnten die Apothekenbesitzer ab.

Für den Chemischen Großhandel und Mineralöle und Fette wurden die Forderungen Anfang Januar eingereicht, aber erst am 30. Januar konnte es zu einer Verhandlung kommen. In der Verhandlung boten die Unternehmer ganze 7 Mark (in Worten: sieben Mark) als Teuerungszulage an. Nach zweimaligen langwierigen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß kam es zu einem Schiedsspruch. Auch in diesem Falle wurde der Schiedsspruch seitens der Arbeitgeber abgelehnt.

Für die Verbandstoffbranche liegen die Verhältnisse noch krasser. Am 19. Dezember v. J. wurde der Vertrag gekündigt und am 5. bezw. 10. Januar die Forderungen eingereicht. Bereits zweimal sind Verhandlungen angesetzt worden, aber durch die Unternehmer unter allerlei nichtigen Einwänden immer wieder vereitelt worden. Nun soll am Mittwoch eine neue Verhandlung stattfinden. Es besteht leider wenig Hoffnung, daß die Verhandlungen zu einem annehmbaren Abschluß führen werden.

Die Arbeitnehmer der drei Gruppen werden in einer Versammlung in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, am Donnerstag, den 26. d. Mts., abends 8 Uhr, Stellung nehmen zu dem Verhalten der Arbeitgeber, da die Verbandsleitung und die Lohnkommission die Verantwortung nicht mehr tragen kann. Bis dahin werden die Arbeiter der Branchen ersucht, die Ruhe zu bewahren und keine Einzelaktionen zu unternehmen.

Tarifkündigung im Friseurgewerbe.

In einer Versammlung des Arbeitnehmerverbandes des Friseur- und Haargewerbes, Zweigverein Groß-Berlin, im Gewerkschaftshaus berichtete Matuschke von den Verhandlungen mit den Arbeitgebern des Interessenverbandes vor dem Groß-Berliner Schlichtungsausschuß über Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe vom 1. Januar. Die Arbeitgeber hätten erklärt, daß sie nicht in der Lage seien, eine Wirtschaftsbeihilfe zu gewähren. Sie könnten gegen den unlauteren Wettbewerb nichts unternehmen und an eine erneute Erhöhung der Bedienungspreise sei nicht zu denken. Die Arbeitnehmervertreter hätten sich auch hier wieder bereit erklärt, an der Berufsreform mitzuarbeiten, indem sie einem der von beiden Seiten unterschriftlich anerkannten Vergleich zustimmten. Derselbe besagt: Die Verhandlungen werden vertagt, bis unter Mitwirkung des Ausschusses der Gewerkschaftskommission und des Demobilmachungskommissars eine Regelung in der Belieferung der Friseure mit Seife und Spiritus unter Ausschaltung des unlauteren Wettbewerbes erfolgt ist. Bis dahin wird denjenigen Gehilfen und Gehilfinnen, die nur den Mindestlohn haben, ab 28. Februar eine Abschlagszahlung von 5 M. gewährt. In der Diskussion wurde die Kündigung des Tarifvertrages verlangt, die dann auch von der Versammlung einstimmig beschlossen wurde. Die Vertreter der Schlichtungskommission wurden mit der Ausarbeitung eines neuen Tarifentwurfes beauftragt. Hierauf gelangte der Vergleich zur Annahme.

Teilstreik im Bäckergewerbe Groß-Berlins?

Für das Bäckergewerbe Groß-Berlins besteht ein Tarif, nach welchem in den Großbetrieben der Mindestwochenlohn 10 M. höher ist als in den Kleinbetrieben. Dieser Tarif war bedingt gekündigt, die Kündigung ist jedoch zurückgenommen worden, nachdem man sich in den Verhandlungen dahin verständigt hatte, daß zu den bis dahin gezahlten Bezügen eine Teuerungszulage von 65 Mark gezahlt werden sollte.

Bei der Brotpreisfestsetzung, bei der selbstverständlich auch die Arbeitslöhne mit in Rechnung gestellt werden müssen, wurden von verschiedenen Stellen gegen die Höhe der Löhne Einwände erhoben. Bei Festsetzung des endgültigen Brotpreises wurden denn auch 15 M. weniger in Ansatz gebracht, womit sich die Gesellenschaft, wenn auch wider Willen, abfand. Jetzt erklärten plötzlich die Brotfabrikanten, auch diesen Lohn nicht zahlen zu wollen, sondern sie boten nur 40 M. an; hiergegen setzt sich die Arbeiterschaft mit Recht zur Wehr. Die Gesellschaft übermittelte den Brotfabrikanten nochmals ihre Forderung, mit dem Ersuchen, hierzu Stellung zu nehmen, die Arbeitgeber fanden es jedoch nicht für nötig, hierauf zu antworten. In der Zwischenzeit erschien nämlich die Verfügung des Reichswehrministers, wonach die Bäckereien mit zu den lebenswichtigen Betrieben gerechnet werden, in denen jede Aufforderung und Betätigung zur Arbeitsniederlegung unter schweren Strafen verboten ist.

Die Verbandsleitung der Gesellen hat sich gemeinsam mit dem Gewerkschaftsbund mit dem Reichswehrminister in Verbindung gesetzt; das Resultat der stattgefundenen Unterredung war ein Bescheid, der den Brotfabrikanten zum Bewußtsein bringen wird, daß ihre Kalkulation auf diese Verordnung verfehlt ist. Sie bietet ihnen keinen Vorwand, dem Arbeiter den ihm zustehenden Lohn vorzuenthalten.

Die Gesellen der in Frage kommenden Betriebe sind gewillt, ihr Recht zu behaupten und durchzuführen. Gleichzeitig appellieren sie an die Einsicht und Solidarität der Bevölkerung.

Angestellte des Buchhandels!

Vom Arbeitgeberverband der deutschen Buchhändler, Ortsgruppe Berlin, wird die Teuerungszulagenbewegung der Angestellten dadurch zu durchkreuzen versucht, daß man durch freiwillige Zuwendungen, die die im Schiedsspruch festgesetzten Sätze bei weitem nicht erreichen, die Angestellten abfinden will. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Schiedsspruch über die Teuerungszulage von den Verbänden durch Verbindlichkeitserklärung weiter verfolgt wird. Etwa zur Auszahlung gelangende Summen nehme man nur unter Vorbehalt an.

Berichtigung. Zum Bericht über die Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes schreibt uns die Berliner Verwaltungsstelle des Verbandes: Bei den Ausführungen des Kollegen Förster ist nicht der Kollege Guske gemeint. Der Kollege Geschke hat den Kollegen Brunner nicht der Mitschuld an den letzten Vorgängen geziehen, sondern von einem Angriff auf den Kollegen Brunner abgesehen, da dieser nicht anwesend war.

Deutscher Buchbinderverband. Ortsverwaltung Berlin. Am Donnerstag, den 26. Februar, nachm. 5 Uhr, in Graumanns Festsälen, Naunynstr. 27, kombinierte Delegiertensitzung. Jede Werkstatt muß vertreten sein. Die Ortsverwaltung. J. A.: Peter Kaspar.

Jugendveranstaltungen.

Verein „Arbeiter-Jugend“ Groß-Berlin. W 9, Bellevuestr. 7, III. — **Wedding.** Heute 7 Uhr im Jugendheim Lütticher Straße 38: Wissenschaftlicher Vortrag: „Die drahtlose Telegraphie“. Referent: Oberlehrer Krause. — **Moabit.** Gemeindeschule Turmstr. 75, Aufgang A, Tür 8, Diskussionsabend. — **Schönhauser Vorstadt II.** Jugendklub, Pappel-Allee 41/2: Diskussionsabend. — **Charlottenburg.** Jugendheim Rosinenstraße 4, v. I. Liederabend. — **Mahlsdorf.** Rest. Bürgerheim, Bahnhofstraße 60. Vortrag: Wilh. Busch. — **Niederschönhausen.** 1. Gemeindeschule Blankenburger Str. 69/70 (Zeichensaal): Mädchenabend. — **Tempelhof.** Lyzeum, Germaniastr. 6/7. Diskussionsabend. — **Treptow-Baumschulenweg.** Jugendheim Eisenstr. 3. Diskussionsabend, Ferienwanderfahrten. — **Weißensee.** Ledigenheim, Woelckpromenade 1: Vortrag. — Sämtliche Veranstaltungen beginnen um 1/2 8 Uhr.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Zickler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin. Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.